

Beschlussempfehlung

Hannover, den 25.09.2019

Ausschuss für Inneres und Sport

Entwurf eines Gesetzes zur Förderung und zum Schutz der digitalen Verwaltung in Niedersachsen und zur Änderung des Niedersächsischen Beamtengesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/1598

Berichterstattung: Abg. Bernd Lynack (SPD)
(Es ist ein schriftlicher Bericht vorgesehen.)

Der Ausschuss für Inneres und Sport empfiehlt dem Landtag, den Gesetzentwurf mit den aus der Anlage ersichtlichen Änderungen anzunehmen.

Thomas Adasch
Vorsitzender

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/1598

Empfehlungen des Ausschusses für Inneres und Sport

**Gesetz
zur Förderung und zum Schutz der digitalen
Verwaltung in Niedersachsen und zur Änderung des
Niedersächsischen Beamtengesetzes**

**Gesetz
zur Förderung und zum Schutz der digitalen
Verwaltung in Niedersachsen und zur Änderung des
Niedersächsischen Beamtengesetzes**

Artikel 1
Niedersächsisches Gesetz über digitale Verwaltung
und Informationssicherheit (NDIG)

Artikel 1
Niedersächsisches Gesetz über digitale Verwaltung
und Informationssicherheit (NDIG)^{*)}

Inhaltsübersicht

Inhaltsübersicht

Erster Teil
Allgemeines

Erster Teil
Allgemeines

- § 1 Begriffsbestimmungen
- § 2 Die oder der IT-Bevollmächtigte der Landesregierung

- § 1 *unverändert*
- § 2 *unverändert*

Zweiter Teil
Digitale Verwaltung

Zweiter Teil
Digitale Verwaltung

- § 3 Geltungsbereich
- § 4 Elektronischer Zugang zur Verwaltung
- § 5 Elektronische Informationen und Verwaltungsportal
- § 6 Elektronische Bezahlmöglichkeiten und Rechnungen
- § 7 Nachweise
- § 8 Elektronische Formulare
- § 9 Georeferenzierung
- § 10 Elektronische Aktenführung
- § 11 Übertragen und Vernichten von Dokumenten in Papierform
- § 12 Basisdienste

- § 3 *unverändert*
- § 4 *unverändert*
- § 5 *unverändert*
- § 6 *unverändert*
- § 7 *unverändert*
- § 8 *unverändert*
- § 9 *unverändert*
- § 10 *unverändert*
- § 11 *unverändert*
- § 12 *unverändert*

Dritter Teil
Informationssicherheit

Dritter Teil
Informationssicherheit

Erster Abschnitt
Gewährleistung der Informationssicherheit

Erster Abschnitt
Allgemeine Vorschriften

- § 13 Förderung der Sicherheit in der Informationstechnik
- § 14 Vorübergehende und unaufschiebbare Maßnahmen zur Gewährleistung der IT-Sicherheit
- § 15 Sicherheitsverbund, Verpflichtung zu Sicherheitsmaßnahmen
- § 16 Zentralstelle für Informationssicherheit

- § 12/1 Sicherheitsverbund**
- § 12/2 Zentralstelle für Informationssicherheit**
- § 13 Förderung der IT-Sicherheit _____
- § 14 Vorübergehende und unaufschiebbare Maßnahmen _____
- § 15 **wird (hier) gestrichen (jetzt in § 12/1)**
- § 16 **wird (hier) gestrichen (jetzt in § 12/2)**

*) **§ 6 Abs. 3 und 4 dieses Gesetzes dient der Umsetzung der Richtlinie 2014/55/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über die elektronische Rechnungsstellung bei öffentlichen Aufträgen (ABl. EU Nr. L 133 S. 1).**

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/1598

Empfehlungen des Ausschusses für Inneres und Sport

Zweiter Abschnitt

Einsatz von Systemen zur Erkennung und Abwehr von Gefahren für die IT-Sicherheit

- § 17 Geltungsbereich, Wahrnehmung der Befugnisse nach diesem Abschnitt
- § 18 Allgemeine Bestimmungen

- § 19 Auswertung von gespeicherten Daten
- § 20 Erhebung und Auswertung des Datenverkehrs
- § 21 Auswertung ohne Inhaltsdaten
- § 22 Auswertung von Inhaltsdaten

- § 23 Gewährleistung der Datensicherheit
- § 24 Sicherheitskonzept
- § 25 Benachrichtigung der betroffenen Personen und Behörden
- § 26 Dokumentation

- § 27 Übermittlung personenbezogener Daten
- § 28 Einschränkung von Grundrechten

Zweiter Abschnitt

Einsatz von IT-Systemen zur Erkennung und Abwehr von Gefahren für die IT-Sicherheit

- § 17 **Übertragung und Beschränkung** der Befugnisse nach diesem Abschnitt
- § 18 **wird gestrichen**
- § 18/1 **Automatisierte Erhebung und Auswertung von Daten eines Verzeichnis- und Berechtigungsdienstes**
- § 19 **Automatisierte** Auswertung von **Ereignisdokumentationen und Datenverkehr**
- § 20 **wird (hier) gestrichen (jetzt in den §§ 18/1 und 19)**
- § 21 **Weitere** Auswertung ohne Inhaltsdaten **in Verdachtsfällen**
- § 22 **Weitere** Auswertung von Inhaltsdaten **in Verdachtsfällen**
- § 22/1 **Ergänzende Auswertung durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik**
- § 22/2 **Speicherung und Auswertung von Daten zur Abwehr einer dringenden Gefahr für die IT-Sicherheit**
- § 22/3 **Beseitigung von Schadprogrammen**
- § 23 _____ Datensicherheit, **Protokollierung**
- § 24 **wird (hier) gestrichen (jetzt in § 23)**
- § 25 Benachrichtigung der betroffenen Personen
- § 26 *unverändert*
- § 26/1 **Beteiligung der oder des Landesbeauftragten für den Datenschutz**
- § 27 **Zweckbindung**, Übermittlung personenbezogener Daten
- § 28 *unverändert*

**Erster Teil
Allgemeines**

§ 1
Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Gesetzes bedeutet:

1. Angriff:

ein Versuch, die IT-Sicherheit eines Computersystems unbefugt zu beeinflussen,

**Erster Teil
Allgemeines**

§ 1
Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Gesetzes bedeutet:

1. Angriff:

ein Versuch, die IT-Sicherheit _____ unbefugt zu beeinflussen,

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/1598

Empfehlungen des Ausschusses für Inneres und Sport

2. Basisdienst:

ein fachunabhängiges informationstechnisches Verfahren zur Unterstützung von Verwaltungsaufgaben,

3. Behörde:

jede Stelle, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnimmt,

4. besondere Kategorien personenbezogener Daten:

personenbezogene Daten, aus denen die rassische oder ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen oder die Gewerkschaftszugehörigkeit hervorgehen, sowie genetische Daten, biometrische Daten zur eindeutigen Identifizierung einer natürlichen Person, Gesundheitsdaten oder Daten zum Sexualleben oder der sexuellen Orientierung einer natürlichen Person,

5. elektronische Rechnung:

eine Rechnung, die in einem strukturierten elektronischen Format ausgestellt, übermittelt und empfangen wird, das ihre automatische und elektronische Verarbeitung ermöglicht,

6. Informationstechnik:

technische Mittel zur elektronischen Verarbeitung oder Übertragung von Informationen,

7. Inhaltsdaten:

Informationen, die bei einem Telekommunikationsvorgang übertragen werden und um deren willen die Telekommunikation stattfindet und die keine Verkehrsdaten nach § 3 Nr. 30 des Telekommunikationsgesetzes sind,

2. Basisdienst:

ein fachunabhängiges informationstechnisches Verfahren zur Unterstützung **bei der Wahrnehmung von Aufgaben der öffentlichen Verwaltung,**

3. Behörde:

jede Stelle **des Landes, einer Kommune oder einer sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden juristischen Person des öffentlichen Rechts,** die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnimmt,

4. **wird gestrichen**5. *unverändert***5/1. Informationssicherheit:**

die Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Integrität von Daten,

6. Informationstechnik (IT):

technische Mittel zur ____ Verarbeitung oder Übertragung von Informationen,

7. **wird gestrichen**

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/1598

Empfehlungen des Ausschusses für Inneres und Sport

8. IT-Sicherheit:
- die Gewährleistung der Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Integrität der mithilfe der Informationstechnik verarbeiteten Daten,
9. Landesdatennetz:
- eine Kommunikationsinfrastruktur, die eine Verbindung zwischen den lokalen Netzen der damit verbundenen Behörden sowie zu Netzen anderer Verwaltungen ermöglicht und durch das Land oder im Auftrag des Landes betrieben wird,
10. Nutzerkonto:
- eine zentrale Identifizierungskomponente zur einmaligen oder dauerhaften Identifizierung einer natürlichen oder juristischen Person oder einer Personengesellschaft zu Zwecken der Inanspruchnahme von Behördenleistungen,
11. Schadprogramm:
- ein Computerprogramm, das bei Ausführung unbefugt die Vertraulichkeit, Verfügbarkeit oder Integrität der verarbeiteten Daten gefährden kann, oder ein Teil davon,
12. Sicherheitsdomäne:
- ein abgegrenzter Teil der Verwaltung mit einheitlichen Sicherheitsanforderungen oder einheitlicher Sicherheitsadministration,
13. Sicherheitsarchitektur:
- die Gesamtheit der technischen und organisatorischen Maßnahmen für das Landesdatennetz, die zur Abwehr von Gefahren auf dieses dienen,
14. Sicherheitslücken:
- die Eigenschaften von Computerprogrammen oder sonstigen informationstechnischen Systemen, durch deren Ausnutzung es möglich ist, dass sich Unbefugte gegen den Willen der Berechtigten Zugang zu diesen informationstechnischen Systemen verschaffen oder die Funktion dieser informationstechnischen Systeme beeinflussen können,
8. IT-Sicherheit:
- die _____ Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Integrität der mithilfe der Informationstechnik verarbeiteten Daten,
9. Landesdatennetz:
- eine **in Netzabschnitte gegliederte** Kommunikationsinfrastruktur, die eine Verbindung zwischen den lokalen Netzen der damit verbundenen Behörden _____ ermöglicht und durch das Land _____ betrieben wird,
10. Nutzerkonto:
- eine zentrale Identifizierungskomponente zur einmaligen oder dauerhaften Identifizierung **der Nutzerinnen und Nutzer** zu Zwecken der Inanspruchnahme von _____ Leistungen **der öffentlichen Verwaltung**,
11. Schadprogramm:
- ein Computerprogramm, **dessen** Ausführung **die IT-Sicherheit** gefährden kann, oder ein Teil davon,
12. **wird gestrichen**
13. **wird (hier) gestrichen (jetzt in § 12/2 Abs. 1)**
14. Sicherheitslücken:
- die Eigenschaften von Computerprogrammen oder sonstigen **IT-Systemen**, durch deren Ausnutzung es möglich ist, dass sich Unbefugte gegen den Willen der Berechtigten Zugang zu diesen **IT-Systemen** verschaffen oder die Funktion dieser **IT-Systeme** beeinflussen können,

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/1598

Empfehlungen des Ausschusses für Inneres und Sport

15. Sicherheitsvorfall:

ein Ereignis, das die Vertraulichkeit, Verfügbarkeit oder Integrität der verarbeiteten Daten einschränkt oder beseitigt oder einschränken oder beseitigen könnte.

(2) Ein informationstechnisches System ist mit dem Landesdatennetz verbunden, wenn es direkt, über ein untergeordnetes behördeneigenes Netz oder über einen IT-Dienstleister an das Landesdatennetz angeschlossen ist.

§ 2

Die oder der IT-Bevollmächtigte der Landesregierung

¹Die Landesregierung bestellt eine IT-Bevollmächtigte oder einen IT-Bevollmächtigten. ²Sie oder er hat den Einsatz der Informationstechnik durch das Land und die Fortentwicklung der digitalen Verwaltung, die ihre geschäftlichen Prozesse durchgehend mithilfe der Informationstechnik durchführt, unter Berücksichtigung der fachlichen und organisatorischen Belange zu koordinieren.

Zweiter Teil
Digitale Verwaltung

§ 3
Geltungsbereich

(1) Dieser Teil gilt für die öffentlich-rechtliche Verwaltungstätigkeit des Landes, der Kommunen sowie der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts, soweit nicht besondere Rechtsvorschriften des Landes inhaltsgleiche oder entgegengesetzte Bestimmungen enthalten.

(2) Dieser Teil gilt nicht für

1. die Hochschulen in staatlicher Verantwortung und Teile von Behörden des Landes, die mit Forschungsaufgaben betraut und deren informationstechnischen Systeme nicht mit dem Landesdatennetz verbunden sind,

15. Sicherheitsvorfall:

ein Ereignis, das die **IT-Sicherheit** einschränkt oder beseitigt oder einschränken oder beseitigen könnte.

(2) Ein **IT-System** ist mit dem Landesdatennetz verbunden, wenn es direkt, über ein untergeordnetes behördeneigenes Netz oder über einen IT-Dienstleister an das Landesdatennetz angeschlossen ist.

§ 2

Die oder der IT-Bevollmächtigte der Landesregierung

unverändert

Zweiter Teil
Digitale Verwaltung

§ 3
Geltungsbereich

(1) Dieser Teil gilt für die öffentlich-rechtliche Verwaltungstätigkeit **der Behörden**, soweit nicht besondere Rechtsvorschriften des Landes inhaltsgleiche oder entgegengesetzte Bestimmungen enthalten.

(1/1) Dieser Teil gilt nicht für die Strafverfolgung, die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten, die Rechtshilfe für das Ausland in Straf- und Zivilsachen und für Maßnahmen des Richterdienstrechts.

(2) Dieser Teil gilt nicht für

1. die Hochschulen in staatlicher Verantwortung _____ *(jetzt in Nummer 1/1),*

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/1598

Empfehlungen des Ausschusses für Inneres und Sport

- | | |
|--|--|
| <p>2. die Kirchen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsgemeinschaften sowie ihre Verbände und Einrichtungen,</p> <p>3. die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute und öffentlich-rechtliche Versicherungsanstalten,</p> <p>4. die landesunmittelbaren Körperschaften der gesetzlichen Kranken-, Renten- und Unfallversicherung sowie der sozialen Pflegeversicherung,</p> <p>5. Beliehene,</p> <p>6. den Norddeutschen Rundfunk und die Niedersächsische Landesmedienanstalt,</p> <p>7. die Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt,</p> <p>8. die Schulen im Sinne des Niedersächsischen Schulgesetzes und die Schulen im Sinne des Niedersächsischen Gesetzes über Schulen für Gesundheitsfachberufe und Einrichtungen für die praktische Ausbildung,</p> <p>9. die den Landesbildungszentren angeschlossenen pädagogischen Bereiche, wenn deren informationstechnische Systeme nicht mit dem Landesdatennetz verbunden sind,</p> <p>10. die Strafverfolgung, die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten, die Rechtshilfe für das Ausland in Straf- und Zivilsachen und für Maßnahmen des Richterdienstrechts sowie</p> <p>11. alle Einrichtungen im Sinne des § 1 Abs. 2 des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder.</p> <p>(3) Für</p> <p>1. das Justizministerium und seinen Geschäftsbereich, soweit diese nicht bereits von den Absätzen 1 und 2 erfasst sind,</p> <p>2. die Verwaltungstätigkeit nach dem Zweiten Buch des Sozialgesetzbuchs,</p> <p>3. die Landtagsverwaltung,</p> <p>4. die Tätigkeit der Finanzbehörden nach der Abgabenordnung und dem Finanzverwaltungsgesetz,</p> | <p>1/1. die Teile von Behörden des Landes, die mit Forschungsaufgaben betraut und deren IT-Systeme nicht mit dem Landesdatennetz verbunden sind,</p> <p>2. <i>unverändert</i></p> <p>3. <i>unverändert</i></p> <p>4. <i>unverändert</i></p> <p>5. <i>unverändert</i></p> <p>6. <i>unverändert</i></p> <p>7. <i>unverändert</i></p> <p>8. <i>unverändert</i></p> <p>9. die den Landesbildungszentren angeschlossenen pädagogischen Bereiche, wenn deren IT-Systeme nicht mit dem Landesdatennetz verbunden sind, sowie</p> <p>10. wird (hier) gestrichen (jetzt in Absatz 1/1)</p> <p>11. <i>unverändert</i></p> <p>(3) Aus diesem Teil gilt nur § 10 Abs. 4 für</p> <p>1. das Justizministerium und seinen Geschäftsbereich_____,</p> <p>2. <i>unverändert</i></p> <p>3. <i>unverändert</i></p> <p>4. <i>unverändert</i></p> |
|--|--|

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/1598

Empfehlungen des Ausschusses für Inneres und Sport

- | | |
|---|------------------------|
| 5. den Landesrechnungshof, | 5. <i>unverändert</i> |
| 6. die Vergabekammer Niedersachsen, | 6. <i>unverändert</i> |
| 7. die von der oder dem Landesbeauftragten für den Datenschutz geleitete Behörde, | 7. <i>unverändert</i> |
| 8. die Wasser- und Bodenverbände, | 8. <i>unverändert</i> |
| 9. die Realverbände sowie die Forst- und die Jagdgenossenschaften und | 9. <i>unverändert</i> |
| 10. die Zweckverbände im Sinne des Niedersächsischen Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit sowie den Regionalverband „Großraum Braunschweig“ | 10. <i>unverändert</i> |

gilt nur § 10 Abs. 4.

_____.

(3/1) Für die in den Absätzen 2 und 3 genannten Stellen und Tätigkeiten bleibt, soweit Bundesrecht ausgeführt wird, das E-Government-Gesetz (EGovG) in der am 31. Oktober 2019 geltenden Fassung vom 25. Juli 2013 (BGBl. I S. 2749), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2206), unberührt.

(4) Unabhängig von den Absätzen 1 bis 3 gilt § 6 Abs. 3 und 4 für

1. die niedersächsischen Auftraggeber im Sinne des § 98 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in Bezug auf Aufträge, die in den Anwendungsbereich des Teils 4 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen fallen, und
2. die öffentlichen Auftraggeber im Sinne des § 2 Abs. 5 des Niedersächsischen Tariftreue- und Vergabegesetzes in Bezug auf Aufträge, deren geschätzter Auftragswert den jeweils maßgeblichen Schwellenwert gemäß § 106 GWB nicht erreicht.

(4) **Abweichend** von den Absätzen 1/1 bis 3 gilt § 6 Abs. 3 und 4 für

1. die niedersächsischen Auftraggeber im Sinne des § 98 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in Bezug auf **öffentliche Aufträge und Konzessionen**, die in den Anwendungsbereich des Teils 4 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen fallen, und
2. die öffentlichen Auftraggeber im Sinne des § 2 Abs. 5 des Niedersächsischen Tariftreue- und Vergabegesetzes in Bezug auf **öffentliche Aufträge**, deren geschätzter Auftragswert den jeweils maßgeblichen Schwellenwert gemäß § 106 GWB nicht erreicht.

§ 4
Elektronischer Zugang zur Verwaltung

(1) ¹Die Behörden sind, auch wenn sie nicht Bundesrecht ausführen, verpflichtet, auch einen Zugang für die Übermittlung elektronischer Dokumente zu eröffnen.
²Dies gilt unabhängig davon, ob die Dokumente mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen sind.

§ 4
Elektronischer Zugang zur Verwaltung

(1) ¹**Jede** Behörde **ist verpflichtet**, auch wenn sie nicht Bundesrecht ausführt, _____ einen **§ 2 Abs. 1 EGovG entsprechenden** Zugang für die Übermittlung elektronischer Dokumente zu eröffnen.
²_____ (*jetzt in Satz 1*)

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/1598

Empfehlungen des Ausschusses für Inneres und Sport

(2) ¹Die Behörden sind verpflichtet, einen Zugang nach Absatz 1 auch über Nutzerkonten anzubieten. ²Diese müssen die Bereitstellung und Entgegennahme von Daten zum Zweck der Inanspruchnahme von Behördenleistungen ermöglichen. ³Sie sind durch technische und organisatorische Maßnahmen gegen den unberechtigten Zugriff Dritter zu schützen. ⁴Die Behörden sollen die Nutzerkonten bei der Kommunikation in Verwaltungsverfahren nutzen.

(3) Die Behörden sind verpflichtet, einen Zugang nach Absatz 1 auch durch eine De-Mail-Adresse im Sinne des De-Mail-Gesetzes oder einen anderen schriftformersetzenden Dienst anzubieten.

(4) Die Behörden des Landes sind verpflichtet, in elektronisch durchgeführten Verwaltungsverfahren, in denen sie die Identität einer Person aufgrund einer Rechtsvorschrift festzustellen haben oder aus anderen Gründen eine Identifizierung für notwendig erachtet wird, einen elektronischen Identitätsnachweis nach § 18 des Personalausweisgesetzes (PAuswG) oder nach § 78 Abs. 5 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) anzubieten.

§ 5

Elektronische Informationen und Verwaltungsportal

(1) Die Behörden stellen, auch wenn sie nicht Bundesrecht ausführen, über öffentlich zugängliche Netze in allgemein verständlicher Sprache Informationen über ihre Aufgaben, ihre Anschrift, ihre Geschäftszeiten sowie ihre postalische, telefonische und elektronische Erreichbarkeit zur Verfügung.

(2) Die Behörden haben, auch wenn sie nicht Bundesrecht ausführen, über öffentlich zugängliche Netze in allgemein verständlicher Sprache über ihre nach außen wirkende öffentlich-rechtliche Tätigkeit, damit verbundene Gebühren, beizubringende Unterlagen, die zuständige Ansprechstelle und ihre Erreichbarkeit zu informieren sowie erforderliche Formulare bereitzustellen.

(3) Die Informationen nach den Absätzen 1 und 2 sowie nach § 3 Abs. 1 und 2 des E-Government-Gesetzes (EGovG) sind aktuell zu halten.

(4) ¹Die obersten Landesbehörden stellen sicher, dass die Informationen nach Absatz 2 und § 3 Abs. 2 EGovG für die Kommunen elektronisch bereitstehen, soweit diese für die Ausführung von Bundes- oder Landesrecht zuständig sind. ²Die Kommunen können diese

(2) ¹**Jede** Behörde **ist** verpflichtet, einen Zugang **für die Übermittlung elektronischer Dokumente** auch über Nutzerkonten **zu eröffnen**. ²**Die Nutzerkonten** müssen **eine Postfachfunktion enthalten, welche** die Bereitstellung und Entgegennahme von Daten _____ ermöglicht. ³Sie sind durch technische und organisatorische Maßnahmen gegen den unberechtigten Zugriff Dritter zu schützen. ⁴Die Behörden sollen die Nutzerkonten bei der Kommunikation in Verwaltungsverfahren nutzen.

(3) **Jede** Behörde **ist** verpflichtet, einen Zugang **für die Übermittlung elektronischer Dokumente** auch durch eine De-Mail-Adresse im Sinne des De-Mail-Gesetzes oder einen anderen schriftformersetzenden Dienst **zu eröffnen**.

(4) **Jede** Behörde des Landes **ist** verpflichtet, in elektronisch durchgeführten Verwaltungsverfahren, in denen sie die Identität einer Person aufgrund einer Rechtsvorschrift festzustellen **hat** oder aus anderen Gründen eine Identifizierung für notwendig erachtet _____, einen elektronischen Identitätsnachweis nach § 18 des Personalausweisgesetzes (PAuswG) oder nach § 78 Abs. 5 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) anzubieten.

§ 5

Elektronische Informationen und Verwaltungsportal

(1) **Jede** Behörde **stellt**, auch wenn sie nicht Bundesrecht **ausführt, entsprechend § 3 Abs. 1 EGovG** Informationen über ihre Aufgaben, ihre Anschrift, ihre Geschäftszeiten sowie ihre postalische, telefonische und elektronische Erreichbarkeit zur Verfügung.

(2) **Jede** Behörde **hat** _____ über öffentlich zugängliche Netze in allgemein verständlicher Sprache über ihre nach außen wirkende öffentlich-rechtliche Tätigkeit, damit verbundene Gebühren, beizubringende Unterlagen, die zuständige Ansprechstelle und ihre Erreichbarkeit zu informieren sowie erforderliche Formulare bereitzustellen.

(3) **Jede Behörde hat** die Informationen nach den Absätzen 1 und 2 sowie nach § 3 Abs. 1 und 2 _____ EGovG _____ aktuell zu halten.

(4) ¹Die obersten Landesbehörden stellen sicher, dass die **landeseinheitlichen** Informationen nach Absatz 2 _____ für die Kommunen elektronisch bereitstehen, soweit diese für die Ausführung von Bundes- oder Landesrecht zuständig sind. ²Die Kommunen

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/1598

Empfehlungen des Ausschusses für Inneres und Sport

Informationen für Zwecke nach Absatz 2 und § 3 Abs. 2 EGovG verwenden und dabei Ergänzungen vornehmen.

(5) ¹Zur Ausführung des § 1 des Onlinezugangsgesetzes stellt das für zentrale IT-Steuerung zuständige Ministerium ein niedersächsisches Verwaltungsportal bereit und verknüpft es mit dem Portalverbund von Bund und Ländern. ²Die Behörden bieten ihre Verwaltungsleistungen auch über das niedersächsische Verwaltungsportal an.

§ 6

Elektronische Bezahlmöglichkeiten und Rechnungen

(1) Fallen im Rahmen eines elektronisch durchgeführten Verwaltungsverfahrens Verwaltungskosten oder sonstige Forderungen an, so muss die Behörde die Einzahlung dieser Verwaltungskosten oder die Begleichung dieser sonstigen Forderungen durch Teilnahme an mindestens einem im elektronischen Geschäftsverkehr üblichen und hinreichend sicheren Zahlungsverfahren ermöglichen, auch wenn nicht Bundesrecht ausgeführt wird.

(2) Die Behörden sollen es ermöglichen, dass Zahlungen nach Absatz 1 so geleistet werden können, dass die Gutschrift sofort bei der empfangenden Behörde erkennbar ist, wenn die Höhe der Verwaltungskosten feststeht und die Verwaltungsleistung erst nach der Zahlung erbracht wird.

(3) Die Auftraggeber nach § 3 Abs. 4 stellen sicher, dass elektronische Rechnungen aufgrund von Aufträgen nach § 3 Abs. 4 nach Maßgabe der Verordnung nach Absatz 4 empfangen und verarbeitet werden können.

(4) ¹Die Landesregierung wird ermächtigt, durch Verordnung Vorschriften zur Ausgestaltung des elektronischen Rechnungsverkehrs zu erlassen. ²Diese Vorschriften können sich beziehen auf

1. die Art und Weise der Verarbeitung elektronischer Rechnungen,
2. die Anforderungen an elektronische Rechnungen hinsichtlich der von diesen zu erfüllenden Voraussetzungen, den Schutz personenbezogener Daten, das zu verwendende Rechnungsdatenmodell und die Verbindlichkeit der elektronischen Form sowie
3. Ausnahmen für sicherheitsspezifische Aufträge.

können diese Informationen **zur Erfüllung ihrer Pflichten** nach Absatz 2 _____ verwenden und dabei Ergänzungen vornehmen.

(5) ¹Zur Ausführung des § 1 des Onlinezugangsgesetzes stellt das für zentrale IT-Steuerung zuständige Ministerium ein niedersächsisches Verwaltungsportal bereit und verknüpft es mit dem Portalverbund von Bund und Ländern. ²**Jede** Behörde **bietet** ihre Verwaltungsleistungen auch über das niedersächsische Verwaltungsportal an.

§ 6

Elektronische Bezahlmöglichkeiten und Rechnungen

(1) _____ **Jede** Behörde **ist verpflichtet**, auch wenn **sie** nicht Bundesrecht ausführt, **§ 4 EGovG entsprechende elektronische Bezahlmöglichkeiten zu schaffen**.

(2) **Jede** Behörde **soll**, wenn die Höhe der **Gebühren oder der sonstigen Forderungen** feststeht und die Verwaltungsleistung erst nach **deren** Zahlung erbracht wird, _____ ermöglichen, dass _____ nach Absatz 1 so **bezahlt** werden **kann**, dass die Gutschrift sofort bei der empfangenden Behörde erkennbar ist.

(3) **Jeder** Auftraggeber nach § 3 Abs. 4 **stellt** sicher, dass elektronische Rechnungen aufgrund von Aufträgen nach § 3 Abs. 4 nach Maßgabe der Verordnung nach Absatz 4 empfangen und verarbeitet werden können.

(4) ¹Die Landesregierung **erlässt** durch Verordnung Vorschriften zur Ausgestaltung des elektronischen Rechnungsverkehrs _____. ²**In der Verordnung können bestimmt werden**

1. *unverändert*
2. *unverändert*
3. *unverändert*

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/1598

Empfehlungen des Ausschusses für Inneres und Sport

§ 7
Nachweise

(1) ¹Wird ein Verwaltungsverfahren elektronisch durchgeführt, so können die vorzulegenden Nachweise, auch wenn nicht Bundesrecht ausgeführt wird, elektronisch eingereicht werden, es sei denn, dass durch Rechtsvorschrift etwas anderes bestimmt ist oder die Behörde für bestimmte Verfahren oder im Einzelfall die Vorlage eines Papieroriginals verlangt. ²Die Behörde entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen, welche Art der elektronischen Einreichung zur Ermittlung des Sachverhalts zulässig ist.

(2) ¹Die zuständige Behörde kann erforderliche Nachweise, die von einer deutschen öffentlichen Stelle stammen, mit der Einwilligung der Verfahrensbeteiligten direkt bei der ausstellenden öffentlichen Stelle elektronisch einholen, auch wenn nicht Bundesrecht ausgeführt wird. ²Zu diesem Zweck dürfen die anfordernde Behörde und die abgebende öffentliche Stelle die erforderlichen personenbezogenen Daten verarbeiten, auch wenn nicht Bundesrecht ausgeführt wird.

§ 8
Elektronische Formulare

¹Ist durch Rechtsvorschrift die Verwendung eines bestimmten Formulars, das ein Unterschriftsfeld vorsieht, vorgeschrieben, so wird allein dadurch nicht die Anordnung der Schriftform bewirkt, auch wenn nicht Bundesrecht ausgeführt wird. ²Bei einer für die elektronische Versendung an die Behörde bestimmten Fassung des Formulars entfällt das Unterschriftsfeld, auch wenn nicht Bundesrecht ausgeführt wird.

§ 9
Georeferenzierung

(1) Wird ein elektronisches Register, das Angaben mit Bezug zu Grundstücken in Niedersachsen enthält, neu aufgebaut oder überarbeitet, so hat die Behörde in das Register eine bundesweit einheitlich festgelegte direkte Georeferenzierung (Koordinate) auf der Grundlage der Angaben des amtlichen Vermessungswesens (Geobasisdaten) zu dem jeweiligen Flurstück, dem Gebäude oder zu einem in einer Rechtsvorschrift definierten Gebiet aufzunehmen, auf das sich die Angaben beziehen.

(2) Register im Sinne dieses Gesetzes ist ein Verzeichnis, für das Daten aufgrund von Rechtsvorschriften des Landes erhoben oder gespeichert werden.

§ 7
Nachweise

(1) ¹_____ Nachweise können, auch wenn nicht Bundesrecht ausgeführt wird, **entsprechend § 5 Abs. 1 EGovG** elektronisch eingereicht **oder von der zuständigen Behörde entsprechend § 5 Abs. 2 EGovG eingeholt** werden. ²_____ (jetzt in Satz 1)

(2) **wird (hier) gestrichen** (jetzt in Absatz 1 Satz 1)

§ 8
Elektronische Formulare

¹**Für die Verwendung von Formularen gilt**, auch wenn nicht Bundesrecht ausgeführt wird, **§ 13 EGovG entsprechend**. ²_____ (jetzt in Satz 1)

§ 9
Georeferenzierung

(1) Wird ein elektronisches Register, das Angaben mit Bezug zu Grundstücken in Niedersachsen enthält, neu aufgebaut oder überarbeitet, so hat die Behörde in das Register eine bundesweit einheitlich festgelegte direkte Georeferenzierung (Koordinate) auf der Grundlage der _____ amtlichen _____ Geobasisdaten_ zu dem jeweiligen Flurstück, dem Gebäude oder zu einem in einer Rechtsvorschrift definierten Gebiet aufzunehmen, auf das sich die Angaben beziehen.

(2) Register im Sinne dieses Gesetzes **sind solche**, für **die** Daten aufgrund von Rechtsvorschriften des Landes erhoben oder gespeichert werden; **dies können öffentliche und nichtöffentliche Register sein**.

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/1598

Empfehlungen des Ausschusses für Inneres und Sport

§ 10
Elektronische Aktenführung

(1) Die Behörden können ihre Akten elektronisch führen.

(2) ¹Die Behörden des Landes sollen neu anzulegende Akten ab dem 1. Januar 2026 elektronisch führen. ²Jede oberste Landesbehörde stellt ab dem 1. Januar 2023 sicher, dass auf Arbeitsplätzen ihres Geschäftsbereichs, auf denen Verwaltungsleistungen über das Niedersächsische Verwaltungsportal erbracht werden, neu anzulegende Akten elektronisch geführt werden. ³Bei Vorliegen besonderer Gründe können im Einvernehmen mit der oder dem IT-Bevollmächtigten der Landesregierung jeweils spätere Termine nach den Sätzen 1 und 2 festgelegt werden. ⁴Die oder der IT-Bevollmächtigte der Landesregierung kann das Einvernehmen verweigern, wenn die Terminverschiebung nicht ausreichend begründet ist und durch die Festlegung späterer Termine die flächendeckende Einführung der elektronischen Aktenführung erheblich beeinträchtigt würde.

(3) ¹Wird eine Akte elektronisch geführt, so sind die Einhaltung der Grundsätze der ordnungsgemäßen Aktenführung sowie die Lesbarkeit, die Integrität und Authentizität, die Verfügbarkeit und die Vertraulichkeit der Akte sicherzustellen. ²Akten oder Aktenteile können weiterhin in Papierform geführt werden, wenn die Anforderungen nach Satz 1 nicht oder nur mit einem unverhältnismäßigen Aufwand erfüllt werden können.

(4) ¹Der Austausch elektronisch geführter Akten innerhalb einer Behörde und zwischen Behörden soll auf elektronischem Wege erfolgen. ²Die Landesregierung wird ermächtigt, technische Verfahren und Standards für den Austausch zwischen Behörden nach Satz 1 durch Verordnung zu regeln.

(5) Einsichtnahme in eine elektronisch geführte Akte wird gewährt, indem

1. ein Aktenausdruck zur Verfügung gestellt wird,
2. die elektronischen Dokumente auf einem Bildschirm wiedergegeben werden,
3. die elektronischen Dokumente übermittelt werden oder

§ 10
Elektronische Aktenführung

(1) **Jede** Behörde **kann** ihre Akten elektronisch führen.

(2) ¹**Jede** Behörde des Landes **soll** neu anzulegende Akten ab dem 1. Januar 2026 elektronisch führen. ²Jede oberste Landesbehörde stellt ab dem 1. Januar 2023 sicher, dass auf Arbeitsplätzen ihres Geschäftsbereichs, auf denen Verwaltungsleistungen über das Niedersächsische Verwaltungsportal erbracht werden, neu anzulegende Akten elektronisch geführt werden. ³**Jede in Satz 1 oder 2 genannte Behörde kann, wenn** besondere Gründe **vorliegen**, _____ im Einvernehmen mit der oder dem IT-Bevollmächtigten der Landesregierung **von** den Sätzen 1 und 2 **abweichende** spätere Termine **festlegen**. ⁴Die oder der IT-Bevollmächtigte der Landesregierung kann das Einvernehmen **nur dann** verweigern, wenn die Terminverschiebung nicht ausreichend begründet ist und durch die Festlegung späterer Termine die flächendeckende Einführung der elektronischen Aktenführung erheblich beeinträchtigt würde.

(3) ¹Wird eine Akte elektronisch geführt, so **ist** die Einhaltung der Grundsätze der ordnungsgemäßen Aktenführung, **insbesondere** die Lesbarkeit, die Integrität und Authentizität, die Verfügbarkeit und die Vertraulichkeit der Akte, **durch geeignete technisch-organisatorische Maßnahmen nach dem Stand der Technik** sicherzustellen. ²Akten oder Aktenteile können weiterhin in Papierform geführt werden, wenn die Anforderungen nach Satz 1 nicht oder nur mit einem unverhältnismäßigen Aufwand erfüllt werden können.

(4) ¹Der Austausch elektronisch geführter Akten innerhalb einer Behörde und zwischen Behörden soll auf elektronischem Wege erfolgen. ²Die Landesregierung wird ermächtigt, technische Verfahren und Standards durch Verordnung zu regeln, **soweit dies** für den Austausch zwischen Behörden nach Satz 1 **erforderlich ist**.

(5) **Soweit ein Recht auf Akteneinsicht besteht, kann jede Behörde, die ihre Akten elektronisch führt, Akteneinsicht dadurch gewähren, dass sie**

1. einen Aktenausdruck zur Verfügung **stellt**,
2. die elektronischen Dokumente auf einem Bildschirm **wiedergibt**,
3. die elektronischen Dokumente übermittelt _____ oder

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/1598

Empfehlungen des Ausschusses für Inneres und Sport

4. der lesende Zugriff auf den Inhalt der Akte ermöglicht wird.

§ 11

Übertragen und Vernichten von Dokumenten
in Papierform

(1) ¹Soweit die Behörden des Landes Akten elektronisch führen, übertragen sie die Dokumente, die in Papierform oder in anderer körperlicher Form vorliegen, erforderlichenfalls in elektronische Dokumente und speichern diese in einer elektronischen Akte. ²Bei der Übertragung in elektronische Dokumente ist nach dem Stand der Technik sicherzustellen, dass die elektronischen Dokumente mit den Dokumenten in Papierform oder in anderer körperlicher Form bildlich und inhaltlich übereinstimmen, wenn sie lesbar gemacht werden. ³Von der Übertragung der Dokumente in Papierform oder anderer körperlicher Form in elektronische Dokumente kann abgesehen werden, wenn die Übertragung unverhältnismäßigen Aufwand erfordert.

(2) ¹Sind in Papierform oder in anderer körperlicher Form vorliegende Dokumente nach Absatz 1 übertragen und zur elektronischen Akte genommen worden, so sollen sie vernichtet oder zurückgegeben werden, wenn eine Aufbewahrung aus rechtlichen Gründen nicht erforderlich ist. ²Für Maßnahmen der Qualitätssicherung kann die Vernichtung von Dokumenten aufgeschoben werden.

(3) ¹Kommunen sowie sonstige der Aufsicht des Landes unterstehende juristische Personen des öffentlichen Rechts können in Papierform oder in anderer körperlicher Form vorliegende Dokumente, wenn sie übertragen und zu einer elektronischen Akte nach § 10 Abs. 1 genommen worden sind, vernichten oder zurückgeben, wenn eine Aufbewahrung aus rechtlichen Gründen nicht erforderlich ist. ²Absatz 2 Satz 2 gilt entsprechend.

§ 12

Basisdienste

(1) ¹Das für die zentrale IT-Steuerung zuständige Ministerium stellt den Behörden Basisdienste

1. für die Zugänge nach § 4 Abs. 1 bis 3,

4. **den** lesenden Zugriff auf den Inhalt der Akte ermöglicht ____.

§ 11

Übertragen und Vernichten von Dokumenten
in Papierform

(1) ¹**Jede** Behörde des Landes **muss, soweit sie** Akten elektronisch führt, ____ die Dokumente, die in Papierform _____ vorliegen, ____ in elektronische Dokumente übertragen und diese in **der** elektronischen Akte speichern; **liegen Aktenbestandteile** in anderer körperlicher Form **vor, so ist deren elektronische Wiedergabe in der elektronischen Akte zu speichern.** ²Bei der Übertragung **nach Satz 1** ist nach dem Stand der Technik sicherzustellen, dass die **gespeicherten Daten** mit den Dokumenten in Papierform oder **den Aktenbestandteilen** in anderer körperlicher Form bildlich und inhaltlich übereinstimmen, wenn sie lesbar gemacht werden. ³Von der Übertragung **nach Satz 1** kann abgesehen werden, wenn die Übertragung unverhältnismäßigen Aufwand erfordert.

(2) ¹Sind **Dokumente** in Papierform oder **Aktenbestandteile** in anderer körperlicher Form nach Absatz 1 übertragen und zur elektronischen Akte genommen worden, so sollen sie vernichtet oder zurückgegeben werden, wenn eine Aufbewahrung aus rechtlichen Gründen nicht erforderlich ist. ²Für Maßnahmen der Qualitätssicherung kann die Vernichtung **oder Rückgabe** _____ aufgeschoben werden.

(3) ¹**Jede Behörde einer** Kommune **oder** sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden juristischen Person des öffentlichen Rechts **kann, soweit sie Akten elektronisch führt, Dokumente** in Papierform oder **Aktenbestandteile** in anderer körperlicher Form **nach Maßgabe des Absatzes 1 Sätze 1 und 2** übertragen _____. ^{1/1}**Sind Dokumente in Papierform oder Aktenbestandteile in anderer körperlicher Form nach Satz 1 übertragen und zur elektronischen Akte** _____ genommen worden, **so können sie** vernichtet oder zurückgegeben **werden**, wenn eine Aufbewahrung aus rechtlichen Gründen nicht erforderlich ist. ²_____

§ 12

Basisdienste

(1) ¹Das für die zentrale IT-Steuerung zuständige Ministerium stellt den Behörden Basisdienste

1. für die **elektronischen** Zugänge nach § 4 Abs. 1 bis 3 **dieses Gesetzes und § 2 Abs. 1 EGovG,**

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/1598

Empfehlungen des Ausschusses für Inneres und Sport

2. für den elektronischen Identitätsnachweis nach § 18 PAuswG oder nach § 78 Abs. 5 AufenthG,
3. für die Zurverfügungstellung von Informationen und Bereitstellung von Formularen nach § 5 Abs. 1 und 2 dieses Gesetzes sowie § 3 Abs. 1 und 2 EGovG,
4. für das Anbieten von Verwaltungsleistungen über das niedersächsische Verwaltungsportal nach § 5 Abs. 5 Satz 2,
5. für eine Bezahlmöglichkeit nach § 6 Abs. 1 und 2,
6. für den Empfang und die Verarbeitung elektronischer Rechnungen nach § 6 Abs. 3 und
7. für die elektronische Aktenführung nach § 10 unter Berücksichtigung der Vorgangsbearbeitung

bereit. ²Das für Geoinformation zuständige Ministerium stellt den Behörden einen Basisdienst für die Georeferenzierung bereit. ³Basisdienste für die in den Sätzen 1 und 2 genannten Funktionen und für andere Funktionen können die Behörden des Landes nur im Einvernehmen mit der oder dem IT-Bevollmächtigten der Landesregierung bereitstellen. ⁴Das Einvernehmen kann nur verweigert werden, wenn die Zweckmäßigkeit oder Wirtschaftlichkeit nicht erkennbar ist. ⁵Die Behörden des Landes können sich bei der Bereitstellung von Basisdiensten Dritter bedienen.

(2) ¹Die Behörden des Landes haben ihre Verpflichtungen nach den §§ 4, 5 Abs. 1 und 2, den §§ 6, 9 und 10 Abs. 2 dieses Gesetzes sowie nach § 2 Abs. 1, § 3 Abs. 1 und 2 und den §§ 4 und 4 a EGovG mit den nach Absatz 1 Sätze 1 und 2 bereitgestellten Basisdiensten zu erfüllen. ²Im Einvernehmen mit der oder dem IT-Bevollmächtigten der Landesregierung können diese Verpflichtungen abweichend von Satz 1 mit einem nach Absatz 1 Satz 3 bereitgestellten Basisdienst oder über ein fachbezogenes informationstechnisches Verfahren erfüllt werden. ³Das Einvernehmen kann nur verweigert werden, wenn die Zweckmäßigkeit oder Wirtschaftlichkeit des Einsatzes in der Behörde nicht erkennbar ist.

2. für den elektronischen Identitätsnachweis nach **§ 4 Abs. 4**,
3. für die Zurverfügungstellung von Informationen und Bereitstellung von Formularen **über das niedersächsische Verwaltungsportal** nach § 5 Abs. 1 und 2 dieses Gesetzes sowie § 3 Abs. 1 und 2 EGovG,
4. *unverändert*
5. für eine **elektronische** Bezahlmöglichkeit nach § 6 Abs. 1 und 2 **dieses Gesetzes sowie § 4 EGovG**,
6. für den Empfang und die Verarbeitung elektronischer Rechnungen nach § 6 Abs. 3 und **4 sowie**
7. *unverändert*

bereit. ²Das für Geoinformation zuständige Ministerium stellt den Behörden einen Basisdienst für die Georeferenzierung **nach § 9** bereit. ³**Jede** Behörde des Landes **kann** im Einvernehmen mit der oder dem IT-Bevollmächtigten der Landesregierung **andere** Basisdienste für die in den Sätzen 1 und 2 genannten Funktionen und **Basisdienste** für andere Funktionen _____ bereitstellen. ⁴Das Einvernehmen kann nur verweigert werden, wenn die Zweckmäßigkeit oder Wirtschaftlichkeit **des Basisdienstes** nicht erkennbar ist. ⁵Die Behörden des Landes können sich bei der Bereitstellung von Basisdiensten Dritter bedienen.

(2) ¹**Jede** Behörde des Landes **hat** ihre Verpflichtungen nach den §§ 4, 5 Abs. 1 und 2, den §§ 6, 9 und 10 Abs. 2 dieses Gesetzes sowie nach § 2 Abs. 1, § 3 Abs. 1 und 2 und _____ § 4 _____ EGovG mit den nach Absatz 1 Sätze 1 und 2 bereitgestellten Basisdiensten zu erfüllen. ²**Sie kann** im Einvernehmen mit der oder dem IT-Bevollmächtigten der Landesregierung _____ **ihre** Verpflichtungen **nach § 4 Abs. 1, 3 und 4 sowie den §§ 6 und 10 Abs. 2 dieses Gesetzes sowie nach § 2 Abs. 1 und § 4 EGovG** abweichend von Satz 1 mit einem nach Absatz 1 Satz 3 bereitgestellten Basisdienst oder über ein fachbezogenes informationstechnisches Verfahren **erfüllen**. ³Das Einvernehmen kann nur verweigert werden, wenn die Zweckmäßigkeit oder Wirtschaftlichkeit des Einsatzes **des Basisdienstes oder des Verfahrens** in der Behörde nicht erkennbar ist.

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/1598

Empfehlungen des Ausschusses für Inneres und Sport

(3) ¹Die Kommunen sowie die sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts haben ihre Verpflichtungen nach § 4 Abs. 2 mit dem nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 bereitgestellten Basisdienst, ihre Verpflichtungen zur Zurverfügungstellung der Informationen nach § 5 Abs. 1 und 2 mit dem nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 3 bereitgestellten Basisdienst und ihre Verpflichtungen nach § 9 mit dem nach Absatz 1 Satz 2 bereitgestellten Basisdienst zu erfüllen. ²Die Basisdienste für

1. die Bereitstellung eines Zugangs über Nutzerkonten, die die Anforderungen nach § 4 Abs. 2 Sätze 2 und 3 erfüllen,
2. die Zurverfügungstellung der Informationen nach § 5 Abs. 1 und 2 dieses Gesetzes und nach § 3 Abs. 1 und 2 EGovG,
3. die Bereitstellung von erforderlichen Formularen nach § 5 Abs. 2 dieses Gesetzes und nach § 3 Abs. 2 EGovG sowie
4. das Anbieten von Verwaltungsleistungen über das niedersächsische Verwaltungsportal nach § 5 Abs. 4 Satz 2

werden den Kommunen und den sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts kostenfrei zur Nutzung bereitgestellt.

(4) Die Landesregierung wird ermächtigt, durch Verordnung

1. für die vom Land bereitgestellten Basisdienste weitere Nutzungsverpflichtungen und Verpflichtungen zur Bereitstellung zur Nutzung festzulegen und
2. die Ausgestaltung der Basisdienste zu regeln, insbesondere hinsichtlich
 - a) der Interoperabilitäts- und Informationssicherheitsstandards,
 - b) der Anforderungen, die der Qualitätssicherung dienen,
 - c) des Funktionsumfangs und des Inhalts der vom Land bereitgestellten Basisdienste, insbesondere der durch den jeweiligen Dienst zu verarbeitenden personenbezogenen Daten, sowie

(3) ¹**Jede Behörde einer** Kommune **oder** sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden juristischen Person des öffentlichen Rechts **hat** ihre Verpflichtungen nach § 4 Abs. 2, _____ § 5 Abs. 1 und 2 _____ und _____ § 9 **dieses Gesetzes sowie nach § 3 Abs. 1 und 2 EGovG mit den** nach Absatz 1 **Sätze 1 und 2** bereitgestellten Basisdiensten zu erfüllen. ²**Der** Basisdienst für **den elektronischen Zugang** über Nutzerkonten _____ nach § 4 Abs. 2 _____ **sowie die Basisdienste nach Absatz 1 Satz 1 Nrn. 3 und 4** werden **den in Satz 1 genannten Behörden** kostenfrei zur Nutzung bereitgestellt.

(4) **wird gestrichen**

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/1598

Empfehlungen des Ausschusses für Inneres und Sport

- d) der Nutzung der vom Land bereitgestellten Basisdienste.

Dritter Teil
Informationssicherheit

Erster Abschnitt
Gewährleistung der Informationssicherheit

Dritter Teil
Informationssicherheit

Erster Abschnitt
Allgemeine Vorschriften

§ 12/1

Sicherheitsverbund_____

(1) ¹Die Behörden und Gerichte des Landes, **deren IT-Systeme mit dem Landesdatennetz verbunden sind, sind Mitglieder eines Sicherheitsverbundes.** ²Jedes Mitglied des Sicherheitsverbundes **hat auf der Basis von Risikoanalysen** eine dem Schutzbedarf der verarbeiteten Daten und der Bedrohungslage angemessene **Informationssicherheit** _____, auch in Hinblick auf andere Mitglieder des Sicherheitsverbundes, zu gewährleisten. _____ *(jetzt in Satz 2)* ³**Jedes Mitglied des Sicherheitsverbundes hat die nach Satz 2** erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen ____ unverzüglich zu veranlassen und regelmäßig zu überprüfen und anzupassen.

(2) Die das Landesdatennetz betreibende Behörde _____ **kann einer** Stelle, _____ **die nicht Mitglied des Sicherheitsverbundes ist, die Verbindung ihrer IT-Systeme mit dem Landesdatennetz gestatten, wenn sie sich verpflichtet, die in Absatz 1 Sätze 2 und 3 sowie in § 12/2 Abs. 2 genannten Pflichten einzuhalten.**

§ 12/2

Zentralstelle für Informationssicherheit

(1) Bei dem für die zentrale IT-Steuerung zuständigen Ministerium ist eine Zentralstelle **für Informationssicherheit** eingerichtet, die

1. fortlaufend ein ____ **Sicherheitslagebild** über Bedrohungen **für** und Angriffe **auf IT-Systeme** erstellt,
2. **das Sicherheitslagebild** mit dem Ziel analysiert, Veränderungen der Gefahrenlage zu erkennen, **und aus dieser Analyse**, auch unter Berücksichtigung einer Gesamtschau der Risikoanalysen, Hinweise zur Anpassung der **Gesamtheit der technischen und organisatorischen IT-Sicherheitsmaßnahmen** entwickelt sowie

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/1598

Empfehlungen des Ausschusses für Inneres und Sport

§ 13

Förderung der Sicherheit in der Informationstechnik

(1) ¹Die das Landesdatennetz betreibende Behörde fördert die Sicherheit der Informationstechnik im Landesdatennetz mit Ausnahme des Netzes des Geschäftsbereichs des Justizministeriums. ²Im Netz des Geschäftsbereichs des Justizministeriums fördert eine vom Justizministerium bestimmte Stelle die Sicherheit der Informationstechnik.

(2) Zu dem Zweck nach Absatz 1 haben die das Landesdatennetz betreibende Behörde und die vom Justizministerium bestimmte Stelle jeweils für ihren Bereich die Aufgabe,

1. Gefahren für die IT-Sicherheit, die durch Sicherheitslücken, Schadprogramme oder Angriffe bestehen, abzuwehren,
2. Informationen über Gefahren für die IT-Sicherheit und über Sicherheitsvorkehrungen zu sammeln, diese auszuwerten, die Sicherheitsrisiken zu analysieren und die gewonnenen Erkenntnisse den Stellen, deren informationstechnischen Systeme mit dem Landesdatennetz verbunden sind, zur Verfügung zu stellen,
3. Sicherheitsvorkehrungen für das Landesdatennetz zu planen,
4. die Zentralstelle für IT-Sicherheit (§ 16 Abs. 1) nach deren Vorgaben zu unterstützen.

§ 13

Förderung der IT-Sicherheit _____

(1) ¹Die das Landesdatennetz betreibende Behörde fördert die IT-Sicherheit _____ im Landesdatennetz mit Ausnahme des Netzabschnitts des Geschäftsbereichs des Justizministeriums. ²Im Netzabschnitt des Geschäftsbereichs des Justizministeriums fördert eine vom Justizministerium bestimmte Stelle die IT-Sicherheit _____.

(2) Die in Absatz 1 genannten Stellen haben jeweils für ihren Netzabschnitt die Aufgabe,

1. _____ durch Sicherheitslücken, Schadprogramme oder Angriffe **verursachte** Gefahren für die IT-Sicherheit abzuwehren,
2. Informationen über Gefahren für die IT-Sicherheit und über Sicherheitsvorkehrungen zu sammeln, diese auszuwerten, die Sicherheitsrisiken zu analysieren und die gewonnenen Erkenntnisse den Stellen, deren IT-Systeme mit dem Landesdatennetz verbunden sind, zur Verfügung zu stellen,
3. Sicherheitsvorkehrungen für das Landesdatennetz zu planen, **um künftige Gefahren für die IT-Sicherheit abwehren zu können**,
4. die Zentralstelle für **Informationssicherheit** _____ nach deren Vorgaben zu unterstützen.

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/1598

Empfehlungen des Ausschusses für Inneres und Sport

(3) Zusätzlich hat die das Landesdatennetz betreibende Behörde, auch für das Netz des Geschäftsbereichs des Justizministeriums, die Aufgabe,

1. sicherheitstechnische Anforderungen an die von den Stellen, deren informationstechnische Systeme mit dem Landesdatennetz verbunden sind, einzusetzende Informationstechnik und an die Verbindung von Netzen und informationstechnischen Systemen mit dem Landesdatennetz zu entwickeln und fortzuschreiben,
2. IT-Sicherheitsprodukte den Stellen, deren informationstechnischen Systeme mit dem Landesdatennetz verbunden sind, bereitzustellen,
3. die für Sicherheit der Informationstechnik Verantwortlichen der Stellen, deren informationstechnische Systeme mit dem Landesdatennetz verbunden sind, in Abstimmung mit der Zentralstelle (§ 16 Abs. 1) zu unterstützen sowie
4. bei der Wiederherstellung der Sicherheit oder Funktionsfähigkeit informationstechnischer Systeme von Stellen, deren informationstechnischen Systeme mit dem Landesdatennetz verbunden sind, in herausgehobenen Fällen zu unterstützen.

(4) Zur Wahrnehmung der Aufgaben nach den Absätzen 2 und 3 betreiben die das Landesdatennetz betreibende Behörde und die vom Justizministerium bestimmte Stelle dem jeweiligen Stand der Technik entsprechende informationstechnische Systeme zur Erkennung und Abwehr von Gefahren für die IT-Sicherheit durch Sicherheitslücken, Schadprogramme und Angriffe.

§ 14

Vorübergehende und unaufschiebbare Maßnahmen zur Gewährleistung der IT-Sicherheit

Die oder der IT-Bevollmächtigte der Landesregierung kann gegenüber Behörden und Gerichten des Landes bei einer gegenwärtigen Gefahr für die IT-Sicherheit, die zu einer Gefahr für die IT-Sicherheit bei anderen Stellen, deren informationstechnische Systeme mit dem Landesdatennetz verbunden sind, führen kann, vorübergehende und unaufschiebbare Maßnahmen anordnen, die zur Gewährleistung der IT-Sicherheit erforderlich sind.

(3) Zusätzlich hat die das Landesdatennetz betreibende Behörde, auch für **den Netzabschnitt** des Geschäftsbereichs des Justizministeriums, die Aufgabe,

1. sicherheitstechnische Anforderungen an die von den Stellen, deren **IT-Systeme** mit dem Landesdatennetz verbunden sind, einzusetzende Informationstechnik und an die Verbindung von Netzen und **IT-Systemen** mit dem Landesdatennetz zu entwickeln und fortzuschreiben,
2. den Stellen, deren **IT-Systeme** mit dem Landesdatennetz verbunden sind, **informationstechnische Verfahren und Geräte für die IT-Sicherheit** (IT-Sicherheitsprodukte) bereitzustellen,
3. die _____ Stellen, deren **IT-Systeme** mit dem Landesdatennetz verbunden sind, **im Benehmen** mit der Zentralstelle für Informationssicherheit _____ **bei der Förderung der IT-Sicherheit** zu unterstützen sowie
4. **die** Stellen, deren **IT-Systeme** mit dem Landesdatennetz verbunden sind, in herausgehobenen Fällen bei der Wiederherstellung der **IT-Sicherheit** _____ zu unterstützen.

(4) **Die in Absatz 1 genannten Stellen sind verpflichtet, in ihrem jeweiligen Netzabschnitt dem _____ Stand der Technik entsprechende IT-Systeme zur Erkennung und Abwehr von Gefahren für die IT-Sicherheit _____ zu betreiben.**

§ 14

Vorübergehende und unaufschiebbare Maßnahmen

¹Bei einer gegenwärtigen Gefahr für die IT-Sicherheit kann die oder der IT-Bevollmächtigte der Landesregierung **ein Mitglied des Sicherheitsverbundes anweisen, vorübergehende und unaufschiebbare Maßnahmen zu ergreifen**, die zur Gewährleistung der IT-Sicherheit bei anderen Stellen, deren **IT-Systeme** mit dem Landesdatennetz verbunden sind, erforderlich sind.
²**Satz 1 gilt nicht für Maßnahmen nach dem Zweiten Abschnitt.**

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/1598

Empfehlungen des Ausschusses für Inneres und Sport

§ 15

Sicherheitsverbund, Verpflichtung zu
Sicherheitsmaßnahmen

(1) ¹Die Behörden und Gerichte des Landes betreiben ihre informationstechnischen Systeme in einem Sicherheitsverbund. ²Die Mitglieder des Sicherheitsverbunds haben eine dem Schutzbedarf der verarbeiteten Daten und der Bedrohungslage angemessene IT-Sicherheit ihrer informationstechnischen Systeme, auch in Hinblick auf andere Mitglieder des Sicherheitsverbunds, zu gewährleisten.

(2) ¹Die Informationssicherheit im Sicherheitsverbund ist von den Behörden und Gerichten des Landes auf der Basis von Risikoanalysen sicherzustellen. ²Die zur Risikobehandlung erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen sind unverzüglich zu veranlassen und regelmäßig zu überprüfen und anzupassen.

(3) Die das Landesdatennetz betreibende Behörde oder eine von ihr beauftragte Stelle hat Stellen, deren informationstechnische Systeme mit dem Landesdatennetz verbunden, aber nicht Mitglied des Sicherheitsverbunds sind, zur Einhaltung von bestimmten Sicherheitsmaßnahmen zu verpflichten, die dem Stand der Informationssicherheit im Sicherheitsverbund entsprechen.

§ 16

Zentralstelle für Informationssicherheit

(1) Bei dem für die zentrale IT-Steuerung zuständigen Ministerium ist eine Zentralstelle eingerichtet, die fortlaufend ein Informationssicherheitslagebild über Bedrohungen und Angriffe erstellt und dieses mit dem Ziel analysiert, Veränderungen der Gefahrenlage zu erkennen, daraus, auch unter Berücksichtigung einer Gesamtschau der Risikoanalysen, Hinweise zur Anpassung der Sicherheitsarchitektur entwickelt sowie Behörden und Gerichte des Landes über Fragen der Sicherheit in der Informationstechnik berät und bei informationstechnischen Sicherheitsvorfällen unterstützt.

(2) Die Behörden und Gerichte des Landes sind verpflichtet, der Zentralstelle informationstechnische Sicherheitsvorfälle in einer von ihr vorgegebenen Form unverzüglich mitzuteilen, wenn diese geeignet sind, auch die Informationssicherheit anderer Sicherheitsdomänen zu beeinträchtigen.

§ 15

Sicherheitsverbund, Verpflichtung zu
Sicherheitsmaßnahmen

wird (hier) gestrichen (jetzt § 12/1)

§ 16

Zentralstelle für Informationssicherheit

wird (hier) gestrichen (jetzt § 12/2)

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/1598

Empfehlungen des Ausschusses für Inneres und Sport

Zweiter Abschnitt
**Einsatz von Systemen zur Erkennung und Abwehr
 von Gefahren für die IT-Sicherheit**

§ 17

Geltungsbereich, Wahrnehmung der Befugnisse
 nach diesem Abschnitt

(1) ¹Dieser Abschnitt gilt für die Behörden, soweit deren IT-Systeme mit dem Landesdatennetz verbunden sind. ²Dieser Abschnitt gilt entsprechend für Stellen aus dem Geschäftsbereich des Justizministeriums, die keine Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnehmen, soweit deren IT-Systeme mit dem Landesdatennetz verbunden sind.

(2) ¹Die das Landesdatennetz betreibende Behörde nimmt die Befugnisse nach diesem Abschnitt für das Landesdatennetz mit Ausnahme des Netzes für den Geschäftsbereich des Justizministeriums wahr. ²Soweit der Landesrechnungshof, die von der oder dem Landesbeauftragten für den Datenschutz geleitete Behörde oder die Landtagsverwaltung betroffen ist, ist für die Wahrnehmung der Befugnisse deren Zustimmung erforderlich. ³Im Netz für den Geschäftsbereich des Justizministeriums werden die Befugnisse nach diesem Abschnitt von einer vom Justizministerium zu bestimmenden Stelle wahrgenommen.

(3) Dieser Abschnitt gilt nicht für Hochschulen und Einrichtungen des Landes, die mit Forschungsaufgaben betraut sind.

§ 18

Allgemeine Bestimmungen

(1) Die Verwendungsbeschränkungen in diesem Abschnitt betreffen nur digitale Daten, die dem Fernmeldegeheimnis nach Artikel 10 des Grundgesetzes unterliegen oder einen Personenbezug aufweisen.

(2) Soweit die Auswertungen nach den §§ 19 bis 22 ein Schadprogramm identifizieren, kann dieses jederzeit beseitigt oder in seiner Funktionsweise gehindert werden.

Zweiter Abschnitt
**Einsatz von IT-Systemen zur Erkennung und Abwehr
 von Gefahren für die IT-Sicherheit**

§ 17

Übertragung und Beschränkung der Befugnisse
 nach diesem Abschnitt

(1) **wird gestrichen**

(2) ¹ _____ ¹**Jede Behörde kann ihre Befugnisse nach diesem Abschnitt im Einvernehmen mit der das Landesdatennetz betreibenden Behörde auf diese übertragen; das Recht der kommunalen Zusammenarbeit bleibt unberührt.** ^{2 und 3} _____
(jetzt in den Absätzen 2/1 und 2/2)

(2/1) Soweit der **Datenverkehr mit dem Landesrechnungshof, mit der** von der oder dem Landesbeauftragten für den Datenschutz geleiteten Behörde oder **mit der** Landtagsverwaltung betroffen ist, **dürfen die** Befugnisse **nach diesem Abschnitt nur im Einvernehmen mit dieser Behörde wahrgenommen werden.**

(2/2) Im **Netzabschnitt des** Geschäftsbereichs des Justizministeriums **und in den damit verbundenen lokalen Netzen der Stellen aus dem Geschäftsbereich des Justizministeriums** werden die Befugnisse nach diesem Abschnitt von einer vom Justizministerium bestimmten Stelle wahrgenommen.

(3) **Die Befugnisse nach diesem Abschnitt stehen den** Hochschulen und Einrichtungen des Landes, die mit Forschungsaufgaben betraut sind, **nicht zu.**

§ 18

Allgemeine Bestimmungen

wird gestrichen
*(Absatz 2 jetzt in § 22/3,
 Absatz 3 jetzt in § 27 Abs. 0/1 Satz 1)*

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/1598

Empfehlungen des Ausschusses für Inneres und Sport

(3) Personenbezogene Daten, die zum Zweck der Gewährleistung der IT-Sicherheit nach diesem Gesetz ausgewertet werden dürfen, dürfen nicht für andere Zwecke verarbeitet werden.

§ 18/1
Automatisierte Erhebung und Auswertung
von Daten eines Verzeichnis- und
Berechtigungsdienstes

(1) Jede Behörde kann den personenbezogenen Datenverkehr eines Verzeichnis- und Berechtigungsdienstes auf einem von ihr betriebenen, mit dem Landesdatennetz verbundenen IT-System automatisiert erheben und auswerten, soweit dies zu dem Zweck, durch Sicherheitslücken, Schadprogramme oder Angriffe verursachte Gefahren für die IT-Sicherheit abzuwehren, erforderlich ist.

(2) Die nach Absatz 1 erhobenen Daten sowie die Auswertungsergebnisse sind unverzüglich zu löschen, soweit sie zu dem in Absatz 1 genannten Zweck nicht mehr erforderlich sind.

§ 19
 Auswertung von gespeicherten Daten

(1) ¹Zur Abwehr von Gefahren für die IT-Sicherheit durch Sicherheitslücken, Schadprogramme oder Angriffe sind die Behörden befugt, die auf ihren mit dem Landesdatennetz verbundenen IT-Systemen zum Erkennen und Nachverfolgen von Auffälligkeiten gespeicherten Daten automatisiert auszuwerten. ²Für die Auswertung nach Satz 1 dürfen ausschließlich die automatisierten Ereignisdokumentationen von

1. Firewall-Systemen und Systemen zum Netzwerkbetrieb,
2. Systemen zur Erkennung und Beseitigung von Schadsoftware,
3. Systemen zur Erkennung von unerwünschten Werbe-, Betrugs- oder schädlichen E-Mails,
4. Servern von Datenbanken, Verzeichnisdiensten und Anwendungen und
5. der Betriebssoftware von Computersystemen

§ 19
Automatisierte Auswertung von
Ereignisdokumentationen und Datenverkehr

(1) ¹**Jede Behörde kann auf den von ihr betriebenen, mit dem Landesdatennetz verbundenen IT-Systemen die dort zum Erkennen und Nachverfolgen von Auffälligkeiten gespeicherten personenbezogenen Daten nach Maßgabe der Sätze 2 und 3 automatisiert auswerten, soweit dies zu dem Zweck, durch Sicherheitslücken, Schadprogramme oder Angriffe verursachte Gefahren für die IT-Sicherheit abzuwehren, erforderlich ist.** ²Für die Auswertung nach Satz 1 dürfen ausschließlich die automatisierten Ereignisdokumentationen von

1. *unverändert*
2. *unverändert*
3. *unverändert*
4. *unverändert*
5. _____ Betriebssoftware **und Anwendungen** von Computersystemen

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/1598

Empfehlungen des Ausschusses für Inneres und Sport

herangezogen werden. ³Zum Zweck der Auswertung dürfen Daten gemäß Satz 2 zusammengeführt und gemeinsam verarbeitet werden.

herangezogen werden. ³Zum Zweck der Auswertung dürfen **die in Satz 2 genannten Daten** _____ zu-
sammengeführt und gemeinsam verarbeitet werden.

(1/1) ¹Jede Behörde kann an den von ihr betrie-
benen, mit dem Landesdatennetz verbundenen Über-
gabe- und Knotenpunkten nach Maßgabe des Satzes 2
nach auffälligem Datenverkehr _____ suchen, **soweit**
dies zu dem Zweck, durch Sicherheitslücken, Schad-
programme oder Angriffe verursachte Gefahren für die
IT-Sicherheit abzuwehren, erforderlich ist.
²_____ Der **an den** Übergabe- und Knotenpunk-
ten anfallende **personenbezogene** Datenverkehr darf
automatisiert erhoben, _____ entschlüsselt **und unver-**
züglich automatisiert ausgewertet werden.
_____ (§ 20 Abs. 1 Satz 3 des Entwurfs jetzt in
Satz 2, § 20 Abs. 1 Satz 4 des Entwurfs jetzt in § 18/1)

(1/2) Werden nach den Absätzen 1 und 1/1
Inhalte einer Telekommunikation (Inhaltsdaten) ver-
arbeitet, so ist die Auswertung ihrer kommunikativen
Bedeutung unzulässig.

(2) ¹Ergibt die automatisierte Auswertung nach Ab-
satz 1, dass zureichende tatsächliche Anhaltspunkte für
eine Gefahr nach Absatz 1 Satz 1 nicht bestehen, so
sind die Auswertungsergebnisse und gefertigte Kopien
von Ereignisdokumentationen nach Absatz 1 Satz 2 un-
verzüglich zu löschen. ²Die Speicherung und sonstige
Verarbeitung nach dem ursprünglichen Verwendungszweck
bleiben hiervon unberührt. ³Eine Auswertung von
Inhaltsdaten im Rahmen des Absatzes 1 ist nur unter
den Voraussetzungen des § 22 zulässig. ⁴Die Erstellung
von personenbezogenen Profilen zur Vorhersage des
Nutzungsverhaltens von natürlichen Personen ist unter-
sagt.

(2) ¹Ergibt die _____ Auswertung nach Absatz 1
oder 1/1 keine zureichenden tatsächlichen Anhaltspunkte
für eine **durch eine Sicherheitslücke, ein Schad-**
programm oder einen Angriff verursachte Gefahr für
die IT-Sicherheit, so sind die _____ nach Ab-
satz 1 **oder 1/1 erhobenen und ausgewerteten Daten**
sowie die Auswertungsergebnisse unverzüglich zu
löschen. ²Die Speicherung und sonstige Verarbeitung
der nach Absatz 1 ausgewerteten Daten nach
dem ursprünglichen Verwendungszweck bleiben **von**
Satz 1 unberührt. ³_____ (jetzt in Absatz 1/2)
⁴_____ (jetzt in § 27 Abs. 0/1 Satz 2)

§ 20

Erhebung und Auswertung des Datenverkehrs

(1) ¹Zur Abwehr von Gefahren für die IT-Sicherheit
durch Sicherheitslücken, Schadprogramme oder Angriffe
sind die Behörden befugt, an eigenen Übergabe- und
Knotenpunkten, die mit dem Landesdatennetz verbun-
den sind, nach auffälligem Datenverkehr zu suchen. ²Zu
diesem Zweck darf der in diesen Übergabe- und Kno-
tenpunkten anfallende Datenverkehr automatisiert erho-
ben und entschlüsselt werden. ³Es dürfen

1. Erhebungszeitpunkt, IP-Adresse einschließlich
Subnetzmaske, Präfixlänge, Port und Medienzugriffskontrolladresse
(Media-Access-Control-
Address — MAC-Adresse), vollständiger Domä-

§ 20

Erhebung und Auswertung des Datenverkehrs

wird (hier) gestrichen
(jetzt in § 18/1 sowie § 19 Abs. 1/1 und 2)

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/1598

Empfehlungen des Ausschusses für Inneres und Sport

nenname sowie die Kopf- und Statusdaten von Netzwerkpaketen für ein- und ausgehende Verbindungen,

2. für ein- und ausgehende Verbindungen auf Basis des Hypertext-Übertragungsprotokolls (Hypertext Transfer Protocol — HTTP) sowie des verschlüsselten Hypertext-Übertragungsprotokolls (Hypertext Transfer Protocol Secure — HTTPS) zusätzlich zu Nummer 1 der vollständige einheitliche Ressourcenzeiger (Uniform Resource Locator — URL) und die Kopfdaten (ohne Cookie),
3. für Verbindungen auf Basis des Domain-Name-Service Protokolls (DNS) alle Inhalte der DNS-Anfrage (DNS Query) sowie der DNS-Antwort (DNS Response)

unverzüglich automatisiert ausgewertet werden.
⁴Ergänzend zu den Sätzen 1 bis 3 sind die Behörden zur Erkennung und Analyse auffälligen Datenverkehrs eines Verzeichnisdienstes befugt, den Datenverkehr eines Verzeichnisdienstes zu erheben und auszuwerten.

(2) ¹Ergibt die automatisierte Auswertung nach Absatz 1 Satz 3, dass zureichende tatsächliche Anhaltspunkte für eine Gefahr nach Absatz 1 Satz 1 nicht bestehen, so sind die Daten einschließlich der Auswertungsergebnisse unverzüglich zu löschen. ²Eine Auswertung von Inhaltsdaten im Rahmen des Absatzes 1 ist nur unter den Voraussetzungen des § 22 zulässig.

§ 21

Auswertung ohne Inhaltsdaten

(1) ¹Soweit die automatisierte Auswertung nach § 19 Abs. 1 oder § 20 Abs. 1 zureichende tatsächliche Anhaltspunkte dafür bietet, dass bestimmte Daten zur Abwehr von Gefahren im Sinne des § 19 Abs. 1 Satz 1 oder des § 20 Abs. 1 Satz 1 erforderlich sind, dürfen diese weiter einzelfallbezogen automatisiert ausgewertet werden. ²Für diesen Zweck dürfen diese Daten höchstens sieben Tage gespeichert werden und sind unverzüglich automatisiert zu pseudonymisieren, soweit dies technisch möglich ist und die Daten nicht bereits pseudonym sind.

§ 21

**Weitere Auswertung ohne Inhaltsdaten
in Verdachtsfällen**

(1) ¹**Ergibt eine** automatisierte Auswertung nach **§ 18/1 Abs. 1 oder § 19 Abs. 1 oder 1/1** zureichende tatsächliche Anhaltspunkte **für eine durch eine Sicherheitslücke, ein Schadprogramm oder einen Angriff verursachte Gefahr für die IT-Sicherheit, so kann die Behörde die nach § 18/1 Abs. 1 oder § 19 Abs. 1 und 1/1 erhobenen und ausgewerteten Daten sowie die Auswertungsergebnisse zusammenführen, höchstens 30 Tage speichern und in dieser Zeitspanne weiter einzelfallbezogen automatisiert auswerten, soweit dies zur Erkennung oder Abwehr der Gefahr erforderlich ist.** ²**Die nach Satz 1 gespeicherten Daten** _____ sind unverzüglich automatisiert zu pseudonymisieren, soweit dies technisch möglich ist und die Daten nicht bereits pseudonym sind. ³**Ergibt die Auswertung nach Satz 1 keine hinreichenden tatsächliche Anhaltspunkte für eine durch eine Sicherheitslücke, ein Schadprogramm oder einen Angriff verur-**

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/1598

Empfehlungen des Ausschusses für Inneres und Sport

(2) ¹Hat sich aus der weiteren Auswertung nach Absatz 1 ergeben, dass hinreichende tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, dass die Daten nach § 19 Abs. 1 oder § 20 Abs. 1 durch einen Angriff oder ein Schadprogramm verursacht wurden oder sich aus ihnen entsprechende Hinweise ergeben, so dürfen die Daten auch nicht automatisiert ausgewertet und entpseudonymisiert werden. ²Dies gilt nur, soweit und solange die Datenverarbeitung zur Abwehr des Schadprogramms oder Angriffs, zur Abwehr von Gefahren, die von dem Schadprogramm oder Angriff ausgehen, oder zur Erkennung und Abwehr anderer Schadprogramme oder Angriffe erforderlich ist. ³Die weitere Auswertung nach Satz 1 bedarf der Anordnung der Behördenleitung und einer oder eines weiteren Beschäftigten der Behörde mit der Befähigung zum Richteramt. ⁴Sofern eine solche Person nicht beschäftigt ist, ist die Anordnung nach Satz 3 durch die Behördenleitung und eine Beschäftigte oder einen Beschäftigten der Aufsichtsbehörde mit der Befähigung zum Richteramt zu treffen. ⁵Die Person ist durch die Behördenleitung der Aufsichtsbehörde zu bestimmen.

(3) Die für die Zwecke der Auswertung vorhandenen Daten sowie die Auswertungsergebnisse sind unverzüglich zu löschen, soweit sie nicht mehr erforderlich sind.

§ 22

Auswertung von Inhaltsdaten

(1) ¹Zur Abwehr von Gefahren für die IT-Sicherheit des Landes durch Sicherheitslücken, Schadprogramme oder Angriffe sind die Behörden befugt, die in § 19 Abs. 1 und § 20 Abs. 1 angefallenen Inhaltsdaten automatisiert nach Hinweisen auf Schadprogramme oder Angriffe unverzüglich auszuwerten. ²Die für die Zwecke der Auswertung nach Satz 1 erhobenen Daten sowie die Auswertungsergebnisse sind nach ihrer automatisierten

sachte Gefahr für die IT-Sicherheit, so sind die gespeicherten Daten sowie die Auswertungsergebnisse unverzüglich zu löschen.

(2) ¹Ergibt eine automatisierte Auswertung nach § 18/1 Abs. 1 oder § 19 Abs. 1 oder 1/1 oder eine weitere automatisierte Auswertung nach Absatz 1 _____ hinreichende tatsächliche Anhaltspunkte für eine durch eine Sicherheitslücke, ein Schadprogramm oder einen Angriff verursachte Gefahr für die IT-Sicherheit, so dürfen die Daten über den Ablauf der in Absatz 1 Satz 1 bestimmten Frist hinaus gespeichert, auch nicht automatisiert ausgewertet und entpseudonymisiert werden, soweit und solange dies zur Erkennung oder Abwehr der Gefahr erforderlich ist. ²_____ (jetzt in den Sätzen 1 und 6) ³Die weitere Auswertung nach Satz 1 bedarf der Anordnung der Behördenleitung im Einvernehmen mit einer oder einem weiteren Beschäftigten der Behörde mit der Befähigung zum Richteramt. ⁴Wenn eine solche Person nicht beschäftigt ist oder aus anderen Gründen nicht zur Verfügung steht, tritt an deren Stelle eine bei der Aufsichtsbehörde beschäftigte und von deren Behördenleitung bestimmte Person mit der Befähigung zum Richteramt _____. ⁵_____ (jetzt in Satz 4) ⁶Ergibt die Auswertung nach Satz 1 tatsächliche Anhaltspunkte für eine andere durch eine Sicherheitslücke, ein Schadprogramm oder einen Angriff verursachte Gefahr für die IT-Sicherheit, so dürfen die Daten auch gespeichert und nicht automatisiert ausgewertet werden, soweit und solange dies zur Erkennung oder Abwehr der anderen Gefahr erforderlich ist; die Sätze 3 und 4 gelten entsprechend.

(2/1) Nach den Absätzen 1 und 2 dürfen keine Inhaltsdaten gespeichert oder ausgewertet werden.

(3) Soweit die nach Absatz 2 ausgewerteten Daten sowie die Auswertungsergebnisse nicht mehr für die dort genannten Zwecke oder eine Übermittlung nach § 27 erforderlich sind, sind sie unverzüglich zu löschen.

§ 22

Weitere Auswertung von Inhaltsdaten
in Verdachtsfällen

(1) **wird (hier) gestrichen** (jetzt in § 19 Abs. 1, 1/1 und 2)

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/1598

Empfehlungen des Ausschusses für Inneres und Sport

Auswertung unverzüglich zu löschen, es sei denn, die nachfolgenden Absätze sehen eine weitere Verwendung vor.

(2) ¹Soweit die automatisierte Auswertung nach Absatz 1 zureichende tatsächliche Anhaltspunkte dafür bietet, dass einzelne Daten zum Schutz vor Schadprogrammen oder Angriffen erforderlich sind, dürfen diese für höchstens sieben Tage gespeichert werden. ²Diese Daten sind unverzüglich automatisiert zu pseudonymisieren, soweit dies automatisiert möglich ist und sie nicht bereits pseudonym sind. ³Die weitere, einzelfallbezogene Auswertung der Daten erfolgt nur automatisiert. ⁴Die Speicherung nach Satz 1 bedarf der unverzüglichen Genehmigung der Behördenleitung und einer oder eines weiteren Beschäftigten der Behörde mit der Befähigung zum Richteramt. ⁵Sofern eine solche Person nicht beschäftigt ist, ist die Genehmigung nach Satz 4 durch die Behördenleitung und eine Beschäftigte oder einen Beschäftigten der Aufsichtsbehörde mit der Befähigung zum Richteramt zu treffen. ⁶Die Person ist durch die Behördenleitung der Aufsichtsbehörde zu bestimmen.

(3) ¹Eine über die Absätze 1 und 2 hinausgehende, insbesondere nicht automatisierte oder direkt personenbezogene Auswertung der Daten nach Absatz 1 Satz 1 ist nur zulässig, soweit und solange hinreichende tatsächliche Anhaltspunkte den Verdacht begründen, dass diese durch ein Schadprogramm oder einen Angriff verursacht wurden oder sich aus ihnen entsprechende Hinweise ergeben. ²Dies gilt nur, soweit die Datenverarbeitung zur Abwehr des Schadprogramms oder Angriffs, zur Abwehr von Gefahren, die von dem Schadprogramm oder Angriff ausgehen oder zur Erkennung und Abwehr

(2) ¹**Ergibt eine automatisierte Auswertung nach § 19 Abs. 1 oder 1/1 zureichende tatsächliche Anhaltspunkte dafür _____, dass die ausgewerteten Inhaltsdaten zur Erkennung oder Abwehr einer durch eine Sicherheitslücke, ein Schadprogramm oder einen Angriff verursachten Gefahr für die IT-Sicherheit erforderlich sind, so kann die Behörde abweichend von § 21 Abs. 2/1 auch Inhaltsdaten und Auswertungsergebnisse höchstens 30 Tage speichern und in dieser Zeitspanne weiter einzelfallbezogen automatisiert auswerten, soweit und solange dies zur Erkennung oder Abwehr der Gefahr erforderlich ist; die Auswertung der kommunikativen Bedeutung der Inhaltsdaten ist unzulässig.** ²**Die nach Satz 1 gespeicherten Daten sind unverzüglich automatisiert zu pseudonymisieren, soweit dies technisch möglich ist und die Daten nicht bereits pseudonym sind.** ³_____ (jetzt in Satz 1) ⁴**Die Speicherung nach Satz 1 bedarf der unverzüglichen Genehmigung der Behördenleitung im Einvernehmen mit einer oder einem weiteren Beschäftigten der Behörde mit der Befähigung zum Richteramt.** ⁵**Wenn eine solche Person nicht beschäftigt ist oder aus anderen Gründen nicht zur Verfügung steht, tritt an deren Stelle eine bei der Aufsichtsbehörde beschäftigte und von deren Behördenleitung bestimmte Person mit der Befähigung zum Richteramt _____.** ⁶_____ (jetzt in Satz 5) ⁷**Wird die Genehmigung abgelehnt oder nicht unverzüglich erteilt, so sind die gespeicherten Inhaltsdaten sowie die Auswertungsergebnisse unverzüglich zu löschen.** ⁸**Ergibt die Auswertung nach Satz 1 keine hinreichenden tatsächlichen Anhaltspunkte dafür, dass die ausgewerteten Inhaltsdaten zur Erkennung oder Abwehr einer durch eine Sicherheitslücke, ein Schadprogramm oder einen Angriff verursachten Gefahr für die IT-Sicherheit erforderlich sind, so sind die gespeicherten Inhaltsdaten sowie die Auswertungsergebnisse unverzüglich zu löschen.**

(3) ¹**Ergibt eine automatisierte Auswertung nach § 19 Abs. 1 oder 1/1 oder eine weitere automatisierte Auswertung nach Absatz 2 hinreichende tatsächliche Anhaltspunkte dafür, dass die ausgewerteten Inhaltsdaten zur Erkennung oder Abwehr einer durch eine Sicherheitslücke, ein Schadprogramm oder einen Angriff verursachten Gefahr für die IT-Sicherheit erforderlich sind, so dürfen die Daten über den Ablauf der in Absatz 2 Satz 1 bestimmten Frist hinaus gespeichert, auch nicht automatisiert ausgewertet und entpseudonymisiert werden, soweit und solange dies**

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/1598

Empfehlungen des Ausschusses für Inneres und Sport

anderer Schadprogramme erforderlich ist. ³Die Datenverarbeitung nach Satz 1 bedarf der Anordnung der Behördenleitung und einer oder eines weiteren Beschäftigten der Behörde mit der Befähigung zum Richteramt. ⁴Sofern eine solche Person nicht beschäftigt ist, ist die Anordnung nach Satz 3 durch die Behördenleitung und eine Beschäftigte oder einen Beschäftigten der Aufsichtsbehörde mit der Befähigung zum Richteramt zu treffen. ⁵Die Person ist durch die Behördenleitung der Aufsichtsbehörde zu bestimmen.

(4) Die für den Zweck der Auswertung vorhandenen Daten sowie die Auswertungsergebnisse sind unverzüglich zu löschen, soweit sie nicht mehr erforderlich sind.

(5) ¹Soweit möglich ist bei der Datenverarbeitung nach dieser Vorschrift technisch sicherzustellen, dass Daten, die den Kernbereich privater Lebensgestaltung betreffen oder die geeignet sind, die betroffene Person in ihrer beruflichen oder gesellschaftlichen Stellung zu beeinträchtigen, nicht erhoben werden. ²Werden dennoch aufgrund der Maßnahmen nach den Absätzen 1 bis 3 Erkenntnisse aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung oder besondere Kategorien personenbezogener Daten erlangt, so dürfen diese nicht verwendet werden. ³Die zum Zweck der Auswertung vorhandenen Daten sowie die Auswertungsergebnisse, die den Kernbereich privater Lebensgestaltung betreffen oder die geeignet sind, die betroffene Person in ihrer beruflichen oder gesellschaftlichen Stellung zu beeinträchtigen, sind unverzüglich zu löschen. ⁴Dies gilt auch in Zweifelsfällen. ⁵Die Tatsache ihrer Erlangung und Löschung ist zu dokumentieren. ⁶Die Dokumentation darf ausschließlich für Zwecke der nachträglichen Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Verarbeitung verwendet werden. ⁷Sie ist zu löschen, wenn sie für diese Zwecke nicht mehr erforderlich ist, spätestens jedoch am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr der Dokumentation folgt.

zur Erkennung oder Abwehr der Gefahr _____ erforderlich ist; die Auswertung der kommunikativen Bedeutung der Inhaltsdaten ist unzulässig. ²_____ (jetzt in den Sätzen 1 und 6) ³Die weitere Auswertung nach Satz 1 bedarf der Anordnung der Behördenleitung im Einvernehmen mit einer oder einem weiteren Beschäftigten der Behörde mit der Befähigung zum Richteramt. ⁴Wenn eine solche Person nicht beschäftigt ist oder aus anderen Gründen nicht zur Verfügung steht, tritt an deren Stelle eine bei der Aufsichtsbehörde beschäftigte und von deren Behördenleitung bestimmte Person mit der Befähigung zum Richteramt _____. ⁵_____ (jetzt in Satz 4) ⁶Ergibt die Auswertung nach Satz 1 tatsächliche Anhaltspunkte für eine andere durch eine Sicherheitslücke, ein Schadprogramm oder einen Angriff verursachte Gefahr für die IT-Sicherheit, so dürfen die Daten auch gespeichert und nicht automatisiert ausgewertet werden, soweit und solange dies zur Erkennung oder Abwehr der anderen Gefahr erforderlich ist; die Sätze 3 und 4 gelten entsprechend.

(4) Soweit die nach Absatz 3 ausgewerteten Daten sowie die Auswertungsergebnisse nicht mehr für die dort genannten Zwecke oder eine Übermittlung nach § 27 erforderlich sind, sind sie unverzüglich zu löschen.

(5) ¹_____ ²Sind nach _____ Absatz 3 ausgewertete Daten dem Kernbereich privater Lebensgestaltung oder besonderen Kategorien personenbezogener Daten (Artikel 9 der Datenschutz-Grundverordnung) zuzurechnen oder geeignet, die betroffene Person in ihrer beruflichen oder gesellschaftlichen Stellung zu beeinträchtigen, so dürfen diese nicht gespeichert, verändert, genutzt oder übermittelt werden; sie sind unverzüglich zu löschen. ³_____ (jetzt in Satz 2 Halbsatz 2) ⁴Satz 2 gilt auch in Zweifelsfällen. ⁵Die Tatsache, dass in den Sätzen 2 und 4 genannte Daten ausgewertet wurden, und die Löschung dieser Daten sind zu dokumentieren. ⁶Die in der Dokumentation enthaltenen Daten dürfen ausschließlich zur Datenschutzkontrolle verwendet werden. ⁷Sie sind zu löschen, wenn seit einer Benachrichtigung nach § 25 Abs. 1 Satz 1 ein Jahr vergangen ist, frühestens jedoch zwei Jahre nach der Dokumentation, es sei denn, die oder der Landesbeauftragte für den Datenschutz zeigt an, dass die Daten zur Erfüllung ihrer oder seiner Aufgaben weiterhin benötigt werden.

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/1598

Empfehlungen des Ausschusses für Inneres und Sport

§ 22/1

Ergänzende Auswertung durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik

¹Jede Behörde, die selbst IT-Systeme zur Erkennung und Abwehr von Gefahren für die IT-Sicherheit betreibt, kann das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) beauftragen, den von ihr nach § 19 Abs. 1/1 erhobenen Datenverkehr, dessen automatisierte Auswertung keine ausreichenden oder hinreichenden tatsächlichen Anhaltspunkte für eine durch eine Sicherheitslücke, ein Schadprogramm oder einen Angriff verursachte Gefahr für die IT-Sicherheit ergeben hat, ergänzend auszuwerten und den Datenverkehr zu diesem Zweck an das BSI übermitteln. ²Der Auftrag darf nur erteilt werden, wenn

1. die ergänzende Auswertung durch das BSI nur nach Maßgabe der §§ 21 und 22 erfolgt und über die dabei erforderlichen Anordnungen oder Genehmigungen von der beauftragenden Behörde entschieden wird,
2. das BSI die Auswertungsergebnisse der beauftragenden Behörde unverzüglich zur Verfügung stellen wird,
3. eine Verwendung der personenbezogenen Daten durch das BSI zu anderen Zwecken als zur ergänzenden Auswertung unzulässig ist,
4. die Daten nach Maßgabe des § 23 verarbeitet sowie nach Abschluss der ergänzenden Auswertung unverzüglich gelöscht werden, und
5. das BSI in geeigneter Weise Nachweise dafür erbringen kann, dass die übermittelten Daten ordnungsgemäß verarbeitet und gelöscht werden.

³Die ergänzende Auswertung des BSI erfolgt ausschließlich nach Weisung der beauftragenden Behörde.

§ 22/2

Speicherung und Auswertung von Daten zur Abwehr einer dringenden Gefahr für die IT-Sicherheit

(1) ¹Jede Behörde kann den nach § 19 Abs. 1/1 erhobenen Datenverkehr zu dem Zweck, durch Schadprogramme oder Angriffe verursachte, im Hinblick auf das Ausmaß des zu erwartenden Scha-

dens und die Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts erhöhte Gefahren für die IT-Sicherheit im gesamten Landesdatennetz (dringende Gefahren für die IT-Sicherheit) abzuwehren, automatisiert speichern. ²Die gespeicherten Daten sind unverzüglich automatisiert zu pseudonymisieren, soweit dies technisch möglich ist und die Daten nicht bereits pseudonym sind; nach höchstens 30 Tagen sind die Daten zu löschen.

(2) ¹Soweit und solange es zur Abwehr einer dringenden Gefahr für die IT-Sicherheit unerlässlich ist, dürfen die nach Absatz 1 Satz 1 gespeicherten Daten automatisiert und nicht automatisiert ausgewertet, entpseudonymisiert sowie über den Ablauf der in Absatz 1 Satz 2 bestimmten Frist hinaus gespeichert werden; die Auswertung der kommunikativen Bedeutung von Inhaltsdaten ist unzulässig. ²§ 22 Abs. 5 gilt entsprechend.

(3) ¹Maßnahmen nach Absatz 2 bedürfen der Anordnung des Amtsgerichts, in dessen Bezirk die Behörde ihren Sitz hat. ²Im Antrag der Behörde sind der Sachverhalt und eine Begründung anzugeben. ³Die Anordnung ergeht schriftlich. ⁴Sie muss den Sachverhalt und die wesentlichen Gründe enthalten. ⁵Für das gerichtliche Verfahren gilt § 19 Abs. 4 des Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehörden-gesetzes (NPOG) entsprechend. ⁶Bei Gefahr im Verzug kann die Behördenleitung die Anordnung treffen; die Sätze 3 und 4 gelten entsprechend mit der Maßgabe, dass die Anordnung auch eine Begründung der Gefahr im Verzug enthalten muss. ⁷Die richterliche Bestätigung der Anordnung ist unverzüglich zu beantragen. ⁸Wird die Bestätigung abgelehnt, so tritt die Anordnung außer Kraft. ⁹Die Daten und die Auswertungsergebnisse dürfen in diesem Fall nicht mehr verwendet werden und sind unverzüglich zu löschen; die Speicherung nach Absatz 1 bleibt unberührt.

(4) Soweit die nach Absatz 2 verarbeiteten Daten sowie die Auswertungsergebnisse nicht mehr für den dort genannten Zweck oder eine Übermittlung nach § 27 erforderlich sind, sind sie unverzüglich zu löschen; die Speicherung nach Absatz 1 bleibt unberührt.

§ 22/3

Beseitigung von Schadprogrammen

¹Soweit die Auswertungen nach den §§ 18/1 bis 22/2 ein Schadprogramm identifizieren, kann dieses jederzeit beseitigt oder in seiner Funktionsweise gehin-

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/1598

Empfehlungen des Ausschusses für Inneres und Sport

§ 23

Gewährleistung der Datensicherheit

(1) ¹Die nach den §§ 19 bis 22 erhobenen oder gespeicherten Daten sind durch technische und organisatorische Maßnahmen nach dem Stand der Technik gegen unbefugte Kenntnisnahme, Veränderung und Verwendung zu schützen. ²Bei der Umsetzung dieser Maßnahmen ist ein besonders hohes Maß an Datensicherheit zu gewährleisten.

(2) Insbesondere

1. ist organisatorisch sicherzustellen, dass eine Kenntnisnahme der Daten nach den §§ 19 bis 22 durch andere als die dafür bestimmten Personen ausgeschlossen ist,
2. sind die IT-Systeme für Datenverarbeitung nach den §§ 19 bis 22 von den für die üblichen betrieblichen Aufgaben vorgehaltenen IT-Systeme, insbesondere die Speicherung in gesonderten, von den für die üblichen betrieblichen Aufgaben vorgesehenen Speichereinrichtungen, zu trennen,
3. sind besondere Sicherungsmaßnahmen gegen den unberechtigten Zugriff aus anderen Netzen, insbesondere aus dem Internet, zu treffen,
4. sind die personenbezogenen Daten frühestmöglich zu anonymisieren oder zu pseudonymisieren,
5. sind nach dem Stand der Technik als besonders sicher geltende Verschlüsselungsverfahren zur Gewährleistung der Vertraulichkeit der gespeicherten Daten einzusetzen,
6. sind der Zutritt zu den und der Zugriff auf die Datenverarbeitungsanlagen auf Personen zu beschränken, die durch die jeweilige Behördenleitung hierzu besonders ermächtigt sind, und

§ 23

_____ Datensicherheit, **Protokollierung**

dert werden. ²**Soweit Daten von dem Schadprogramm nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand getrennt werden können, kann die Behörde diese Daten gemeinsam mit dem Schadprogramm löschen.**

(1) ¹Die nach den §§ **18/1** bis **22/2** **verarbeiteten** Daten **sowie die Auswertungsergebnisse** sind durch technische und organisatorische Maßnahmen nach dem Stand der Technik gegen unbefugte Kenntnisnahme, Veränderung und Verwendung zu schützen. ²Bei der Umsetzung dieser Maßnahmen ist ein besonders hohes Maß an Datensicherheit zu gewährleisten.

(2) Insbesondere

- 0/1.** sind der Zutritt zu den und der Zugriff auf die Datenverarbeitungsanlagen auf Personen zu beschränken, die durch die jeweilige Behördenleitung hierzu besonders ermächtigt sind, _____
1. ist organisatorisch sicherzustellen, dass eine Kenntnisnahme der _____ nach den §§ **18/1** bis **22/2** **verarbeiteten Daten sowie der Auswertungsergebnisse** durch andere als die **nach Nummer 0/1 ermächtigten** Personen ausgeschlossen ist,
 2. **ist sicherzustellen, dass** die für Datenverarbeitung nach den §§ **18/1** bis **22/2** **verwendeten** IT-Systeme von den für die üblichen betrieblichen Aufgaben **verwendeten** IT-Systemen **getrennt sind**, insbesondere die Speicherung in gesonderten _____ Speichereinrichtungen **erfolgt**,
 3. *unverändert*
 4. **wird gestrichen**
 5. *unverändert*
 6. **wird (hier) gestrichen (jetzt in Nummer 0/1)**

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/1598

Empfehlungen des Ausschusses für Inneres und Sport

7. ist technisch und organisatorisch sicherzustellen, dass der Zugriff auf die Daten nur gemeinsam durch mindestens zwei hierzu besonders ermächtigte Personen erfolgen kann.

7. ist technisch und organisatorisch sicherzustellen, dass der Zugriff auf die Daten nur gemeinsam durch mindestens zwei **nach Nummer 0/1** ermächtigte Personen erfolgen kann.

(2/1) ¹Eine Behörde darf von den Ermächtigungen der §§ 18/1 bis 22/2 nur Gebrauch machen, wenn sie ein Sicherheitskonzept **für die dazu eingesetzten technischen Systeme** erstellt _____ und die Umsetzung aller darin vorgesehenen technischen und organisatorischen Maßnahmen aktenkundig gemacht hat. ²Das Sicherheitskonzept ist _____ alle zwei Jahre einer Revision zu unterziehen. ³Für jede Veränderung **der eingesetzten technischen Systeme** gilt Satz 1 entsprechend.

(3) ¹Zum Zweck der Datenschutzkontrolle ist jeder Zugriff, insbesondere das Lesen, Kopieren, Ändern, Löschen und Sperren von den nach den §§ 19 bis 22 erhobenen oder gespeicherten Daten in einem Protokoll aufzunehmen. ²Das Protokoll enthält Zeitpunkt und Art des Zugriffs, eine eindeutige Kennung der auf die Daten zugreifenden Personen sowie den Zweck des Zugriffs. ³Das Protokoll darf ausschließlich zum Zweck der Rechtmäßigkeitskontrolle verwendet werden. ⁴Die Einträge in das Protokoll sind zwölf Monate nach ihrer Aufnahme zu löschen.

(3) ¹_____ Jeder Zugriff, insbesondere das Lesen, Kopieren, Ändern, **Übermitteln**, Löschen und Sperren von _____ nach den §§ 18/1 bis 22/2 **verarbeiteten Daten sowie von Auswertungsergebnissen ist zu protokollieren.** ²Das Protokoll enthält Zeitpunkt, _____ Art und Zweck des Zugriffs **sowie** eine eindeutige Kennung der auf die Daten zugreifenden Person _____. ³Das Protokoll darf ausschließlich **zur Datenschutzkontrolle** verwendet werden. ⁴**Jeder** Eintrag in das Protokoll **ist zwei Jahre** nach **seiner** Aufnahme zu löschen, **es sei denn, die oder der Landesbeauftragte für den Datenschutz zeigt an, dass die Daten zur Erfüllung ihrer oder seiner Aufgaben weiterhin benötigt werden.**

(4) ¹Der zuständigen Aufsichtsbehörde für den Datenschutz ist einmal im Jahr eine Aufstellung über die nach den §§ 19 bis 22 und 25 erfolgten Verarbeitungen sowie die Dokumentation nach § 26 vorzulegen. ²Satz 1 gilt nicht für den Landtag, seine Mitglieder, die Fraktionen sowie ihre jeweiligen Verwaltungen und Beschäftigten, soweit sie bei der Wahrnehmung parlamentarischer Aufgaben personenbezogene Daten verarbeiten.

(4) **wird (hier) gestrichen** (jetzt in § 26/1)

§ 24 Sicherheitskonzept

¹Eine Behörde darf von den Ermächtigungen der §§ 19 bis 22 nur Gebrauch machen, wenn sie ein Sicherheitskonzept erstellt hat und die Umsetzung aller darin vorgesehenen technischen und organisatorischen Maßnahmen aktenkundig gemacht hat. ²Das Sicherheitskonzept ist vor jeder Veränderung der eingesetzten technischen Systeme zu aktualisieren und alle zwei Jahre einer Revision zu unterziehen. ³Für jede Veränderung des Sicherheitskonzeptes gilt Satz 1 entsprechend.

§ 24 Sicherheitskonzept

wird (hier) gestrichen (jetzt in § 23 Abs. 2/1)

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/1598

Empfehlungen des Ausschusses für Inneres und Sport

§ 25

Benachrichtigung der betroffenen Personen
und Behörden

¹Die von Maßnahmen nach diesem Gesetz betroffenen Personen und Behörden sind spätestens nach dem Erkennen und der Abwehr eines Schadprogramms oder von Gefahren, die von einem Schadprogramm ausgehen, zu benachrichtigen, wenn sie bekannt sind oder ihre Identifikation ohne unverhältnismäßigen Aufwand möglich ist und nicht überwiegende schutzwürdige Belange Dritter entgegenstehen. ²Die Benachrichtigung kann unterbleiben,

1. solange hierdurch der Ermittlungszweck eines Straf- oder Disziplinarverfahrens oder die IT-Sicherheit gefährdet würde,
2. wenn die Person nur unerheblich betroffen wurde und anzunehmen ist, dass sie an einer Benachrichtigung kein Interesse hat.

³Sofern eine Benachrichtigung unterbleiben soll, bedarf dies der Anordnung der Behördenleitung und einer oder eines weiteren Beschäftigten der Behörde mit der Befähigung zum Richteramt. ⁴Sofern eine solche Person nicht beschäftigt ist, ist die Anordnung nach Satz 3 durch die Behördenleitung und eine Beschäftigte oder einen Beschäftigten der Aufsichtsbehörde mit der Befähigung zum Richteramt zu treffen. ⁵Die Person ist durch die Behördenleitung der Aufsichtsbehörde zu bestimmen.

§ 26

Dokumentation

¹Anordnungen und Genehmigungen nach § 21 Abs. 2 Satz 3, § 22 Abs. 2 Satz 4 und Abs. 3 Satz 3 sowie § 25 Satz 3 sind zu dokumentieren. ²Die Dokumentation darf ausschließlich für Zwecke der nachträglichen Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Verarbeitung der Daten verwendet werden. ³Sie ist zu löschen, wenn sie für diese Zwecke nicht mehr erforderlich ist, spätestens

§ 25

Benachrichtigung der betroffenen Personen

(1) ¹Die von Maßnahmen nach **den §§ 18/1 bis 22/2 und 27** betroffenen Personen _____ sind **unverzüglich**, spätestens nach _____ der Abwehr **der durch eine Sicherheitslücke**, ein Schadprogramm **oder einen Angriff verursachten** Gefahr für **die IT-Sicherheit**, zu benachrichtigen _____. ²**Satz 1 gilt nicht, soweit zur Durchführung der Benachrichtigung in unverhältnismäßiger Weise weitere Daten der betroffenen Personen erhoben werden müssten.**

(2) ¹Die Benachrichtigung kann unterbleiben,

1. solange **ihr ein in § 27 Abs. 1 Satz 1 genannter Zweck entgegensteht**,
- 1/1. solange durch das mit der Benachrichtigung verbundene Bekanntwerden einer Sicherheitslücke** die IT-Sicherheit gefährdet würde **oder**
2. wenn die Person nur unerheblich betroffen **ist** und anzunehmen ist, dass sie an einer Benachrichtigung kein Interesse hat.

²**Soll eine Benachrichtigung nach Satz 1 Nr. 1 oder 1/1 unterbleiben, so bedarf dies der Zustimmung des Amtsgerichts, in dessen Bezirk die Behörde ihren Sitz hat; für das gerichtliche Verfahren gilt § 19 Abs. 4 NPOG entsprechend.** ³Soll eine Benachrichtigung **nach Satz 1 Nr. 2** unterbleiben _____, so bedarf dies der Anordnung der Behördenleitung **im Einvernehmen** mit einer oder einem weiteren Beschäftigten der Behörde mit der Befähigung zum Richteramt. ⁴**Wenn eine solche Person nicht beschäftigt ist oder aus anderen Gründen nicht zur Verfügung steht, tritt an deren Stelle eine bei der Aufsichtsbehörde beschäftigte und von deren Behördenleitung bestimmte Person** mit der Befähigung zum Richteramt _____. ⁵_____ (jetzt in Satz 4)

§ 26

Dokumentation

¹Anordnungen, _____ Genehmigungen, **Bestätigungen und Zustimmungen** nach § 21 Abs. 2 Satz 3, § 22 Abs. 2 Satz 4 und Abs. 3 Satz 3, **§ 22/2 Abs. 3 Sätze 1, 6 und 7, § 25 Abs. 2 Sätze 2 und 3 sowie § 27 Abs. 1 Sätze 2 bis 6** sind zu dokumentieren. ²Die **in der Dokumentation enthaltenen personenbezogenen Daten dürfen ausschließlich zur Datenschutzkontrolle**

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/1598

Empfehlungen des Ausschusses für Inneres und Sport

jedoch am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr der Dokumentation folgt.

verwendet werden. ³Sie sind zu löschen, wenn seit einer Benachrichtigung nach § 25 Abs. 1 Satz 1 ein Jahr vergangen ist, frühestens jedoch zwei Jahre nach der Dokumentation, es sei denn, die oder der Landesbeauftragte für den Datenschutz zeigt an, dass die Daten zur Erfüllung ihrer oder seiner Aufgaben weiterhin benötigt werden.

§ 26/1
Beteiligung der oder des
Landesbeauftragten für den Datenschutz

¹Jede Behörde, die ihre Befugnisse nach diesem Abschnitt wahrnimmt, legt der oder dem Landesbeauftragten für den Datenschutz ____ einmal jährlich eine Aufstellung über die Datenverarbeitung nach den §§ 18/1 bis 22/2, ____ 25 und 27 Abs. 1 _____ sowie die Dokumentation nach § 26 vor _____. ²Satz 1 gilt nicht für den Landtag, seine Mitglieder, die Fraktionen sowie ihre jeweiligen Verwaltungen und Beschäftigten, soweit sie bei der Wahrnehmung parlamentarischer Aufgaben personenbezogene Daten verarbeiten.

§ 27
Übermittlung personenbezogener Daten

§ 27
Zweckbindung,
Übermittlung personenbezogener Daten

(0/1) ¹Die nach den §§ 18/1 bis 22/2 verarbeiteten personenbezogenen Daten sowie die Auswertungsergebnisse dürfen nicht zu anderen als den dort genannten Zwecken verarbeitet werden. ²Insbesondere ist die Erstellung von personenbezogenen Profilen zur Vorhersage des Nutzungsverhaltens von natürlichen Personen untersagt.

(1) ¹Die Behörden sollen die Daten nach den §§ 21 und 22 übermitteln

(1) ¹Jede Behörde soll **abweichend von Absatz 0/1** die nach ____ § 21 Abs. 2, § 22 Abs. 3 oder § 22/2 Abs. 2 ausgewerteten personenbezogenen Daten _____ sowie die Auswertungsergebnisse übermitteln

1. an die Strafverfolgungsbehörden zur Verfolgung einer Straftat von auch im Einzelfall erheblicher Bedeutung, insbesondere einer in § 100 a Abs. 2 der Strafprozessordnung bezeichneten Straftat,
2. an die Polizeibehörden zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit einer Person,

1. an die Strafverfolgungsbehörden, **wenn dies** zur Verfolgung einer Straftat **erforderlich ist und die Strafverfolgungsbehörden die Daten mit einer Maßnahme nach § 100 a oder § 100 g** der Strafprozessordnung **(StPO) hätten erheben dürfen,**
2. an die Polizeibehörden **des Bundes und der Länder, wenn dies** zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit einer Person **erforderlich ist,**

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/1598

Empfehlungen des Ausschusses für Inneres und Sport

3. an die Verfassungsschutzbehörde, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass diese zur planmäßigen Beobachtung und Aufklärung eines Beobachtungs- oder Verdachtsobjekts, das auf die Anwendung oder Vorbereitung von Gewalt gerichtet ist, oder zur Erfüllung der Aufgabe nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes erforderlich sind.

²Die Übermittlung nach Satz 1 Nrn. 1 und 2 bedarf der vorherigen gerichtlichen Zustimmung. ³Für das Verfahren nach Satz 1 Nrn. 1 und 2 gelten die Vorschriften des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit entsprechend. ⁴Für die Übermittlung der entsprechenden personenbezogenen Daten nach Satz 1 Nr. 3 gelten die §§ 9 bis 16 des Artikel 10-Gesetzes entsprechend.

(2) ¹Die Behörden können nach §§ 21 und § 22 verarbeitete personenbezogene Daten an die für den Betrieb der Informationstechnik der Behörden zuständigen Stellen oder damit beauftragte Betriebe übermitteln, wenn und soweit dies zur Abwehr oder Beseitigung von Gefahren für die IT-Sicherheit der Behörden erforderlich ist. ²Die das Landesdatennetz betreibende Behörde und die vom Justizministerium bestimmte Stelle können im Rahmen der Wahrnehmung ihrer Aufgaben nach § 13 Abs. 2 und 3 personenbezogene Daten an die an das Landesdatennetz angeschlossenen Behörden übermitteln, wenn und soweit dies zur Abwehr oder Beseitigung von Gefahren für die IT-Sicherheit der Behörden erforderlich ist.

3. an die Verfassungsschutzbehörde **des Landes**, wenn **dies** zur Erfüllung der Aufgabe nach § 3 Abs. 1 ____ des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes erforderlich **ist und die Verfassungsschutzbehörde die Daten mit einer Maßnahme nach § 20 des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes oder § 3 des Artikel 10-Gesetzes hätte erheben dürfen.**

^{1/1}**Die Übermittlung von Daten einer in § 53 oder § 53 a StPO genannten Person, über die diese das Zeugnis verweigern dürfte, ist unzulässig. ²Eine Übermittlung nach Satz 1 Nr. 1 oder Nr. 2 bedarf der vorherigen ____ Zustimmung des Amtsgerichts, in dessen Bezirk die übermittelnde Behörde ihren Sitz hat; für das gerichtliche Verfahren gilt § 19 Abs. 4 NPOG entsprechend. ³____ (jetzt in Satz 2) ⁴Eine Übermittlung ____ nach Satz 1 Nr. 3 bedarf der vorherigen Zustimmung der nach § 3 Abs. 1 Sätze 1 bis 4 des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes (Nds. AG G 10) bestellten G 10-Kommission; § 3 Abs. 1 Sätze 5 bis 7 und Abs. 2 bis 4 Nds. AG G 10 gilt entsprechend. ⁵Bei Gefahr im Verzug kann die Behördenleitung anordnen, dass die Daten vor der nach Satz 2 oder 4 erforderlichen Zustimmung übermittelt werden. ⁶In diesem Fall ist unverzüglich die nachträgliche Zustimmung einzuholen. ⁷Wird die nachträgliche Zustimmung abgelehnt, so tritt die Anordnung außer Kraft. ⁸Die bereits übermittelten Daten dürfen in diesem Fall nicht verwendet werden und sind unverzüglich zu löschen; die empfangende Stelle ist darüber zu unterrichten.**

(2) ¹**Wurde durch Maßnahmen nach den §§ 18/1 bis 22/2 eine Sicherheitslücke, ein Schadprogramm oder ein Angriff festgestellt, so kann jede Behörde Auswertungsergebnisse, soweit erforderlich auch einschließlich der darin enthaltenen personenbezogenen Daten, an ____ Stellen ____ übermitteln, deren IT-Systeme mit dem Landesdatennetz verbunden sind, wenn ____ dies zur Abwehr ____ von durch die Sicherheitslücke, das Schadprogramm oder den Angriff verursachten Gefahren für die IT-Sicherheit ____ erforderlich ist.**
²_____

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/1598

Empfehlungen des Ausschusses für Inneres und Sport

§ 28
Einschränkung von Grundrechten

Das Fernmeldegeheimnis nach Artikel 10 des Grundgesetzes wird durch die §§ 19 bis 22 und 27 eingeschränkt.

Artikel 2
Änderung des Niedersächsischen Beamtengesetzes

Nach § 92 des Niedersächsischen Beamtengesetzes vom 25. März 2009 (Nds. GVBl. S. 72), zuletzt geändert durch Artikel 21 des Gesetzes vom 16. Mai 2018 (Nds. GVBl. S. 66), wird der folgende § 92 a eingefügt:

„§ 92 a
Verarbeitung von Personalaktendaten im Auftrag

(1) ¹Die personalverwaltende Behörde darf gemäß Artikel 28 der Datenschutz-Grundverordnung Personalaktendaten im Auftrag nur für

1. die Bewilligung, Festsetzung oder Zahlbarmachung von Geldleistungen und
2. die automatisierte Erledigung von Aufgaben für Zwecke nach § 88 Abs. 1 Satz 1

verarbeiten lassen. ²Die personalverwaltende Behörde hat die Einhaltung der beamten- und datenschutzrechtlichen Vorschriften durch den Auftragsverarbeiter regelmäßig zu kontrollieren.

(2) Die Auftragserteilung und die Genehmigung einer Unterauftragserteilung bedürfen der vorherigen Zustimmung der obersten Dienstbehörde.

(3) Eine nicht öffentliche Stelle darf nur beauftragt werden, wenn die Beauftragung der Erfüllung von Aufgaben nach Absatz 1 Satz 1 dient und beim Verantwortlichen sonst Störungen im Geschäftsablauf auftreten können oder der Auftragsverarbeiter die übertragenen Aufgaben erheblich kostengünstiger erledigen kann.“

§ 28
Einschränkung von Grundrechten

Das Fernmeldegeheimnis nach Artikel 10 **Abs. 1** des Grundgesetzes wird durch die §§ 19 bis **22/3** und 27 eingeschränkt.

Artikel 2
Änderung des Niedersächsischen Beamtengesetzes

Nach § 92 des Niedersächsischen Beamtengesetzes vom 25. März 2009 (Nds. GVBl. S. 72), zuletzt geändert durch Artikel **2** des Gesetzes vom **18. Dezember 2018** (Nds. GVBl. S. **317**), wird der folgende § 92 a eingefügt:

„§ 92 a
Verarbeitung von Personalaktendaten im Auftrag

(1) ¹Die personalverwaltende Behörde darf _____ nur **bei**

1. **der** Bewilligung, Festsetzung oder Zahlbarmachung von Geldleistungen und
2. **der** automatisierten Erledigung von Aufgaben für Zwecke nach § 88 Abs. 1 Satz 1

gemäß Artikel 28 der Datenschutz-Grundverordnung Personalaktendaten im Auftrag verarbeiten lassen. ²_____ (*jetzt in Absatz 2/1*) ³Eine nicht öffentliche Stelle darf nur beauftragt werden, wenn _____ bei **der personalverwaltenden Behörde** sonst Störungen im Geschäftsablauf auftreten können oder der Auftragsverarbeiter die **Verarbeitungsleistungen** erheblich kostengünstiger **erbringen** kann.

(2) *unverändert*

(2/1) Die personalverwaltende Behörde hat die Einhaltung der beamten- und datenschutzrechtlichen Vorschriften durch den **oder die** Auftragsverarbeiter regelmäßig zu kontrollieren.

(3) **wird (hier) gestrichen** (*jetzt in Absatz 1 Satz 3*)

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/1598

Empfehlungen des Ausschusses für Inneres und Sport

Artikel 3
Evaluation und Inkrafttreten

(1) Die Landesregierung überprüft zwei Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes die finanziellen Auswirkungen der Umsetzung auf die Kommunen.

(2) ¹Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft. ²Abweichend von Satz 1 tritt

1. Artikel 1 § 6 Abs. 3 und § 12 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 am 18. April 2020,
2. Artikel 1 § 4 Abs. 2 bis 4, § 5 Abs. 2, § 6 Abs. 1 und 2, § 12 Abs. 1 bis 3 am 1. Juli 2021 und
3. Artikel 1 § 5 Abs. 5 am 1. Januar 2023

in Kraft.

Artikel 3
Evaluation und Inkrafttreten

unverändert